

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 7.

Donnerstag, den 9. Januar 1908.

19. Jahrgang.

Morgen Donnerstag Abend

befindet das

ganze Preussenvolk

in vielen hundert von Versammlungen seinen festen Willen, das

freie Wahlrecht

auch für unseren Bundesstaat zu erkämpfen.

Auf, Wahlrechtsfreunde — Breslau und Schlesiens in die Versammlungen!

Beweist, daß Ihr nicht länger länger zweiter Klasse sein sollt. Beweist, daß Ihr Kulturmenschen, Träger des Fortschritts seid? Hinein in die Versammlungen! Auf zum kammenden Protest! Es gilt eure Zukunft, eure Familie, euer Brot, eure Freiheit!

Schutz den baugewerblichen Arbeitern.

Die Zentralkommission für Bauarbeiterschutz hat soeben ihren Bericht über das Geschäftsjahr 1906/07 veröffentlicht. Das 312 Seiten umfassende Buch ist eine wahre Fundgrube von Wissen für alle, die dem Bauarbeiterschutz Interesse entgegenbringen. Es ist im Rahmen eines Artikels nicht möglich, den gesamten Inhalt auch nur andeutungsweise zu berühren und müssen wir uns deshalb damit begnügen, hier einige Tatsachen von allgemeinem Interesse wiederzugeben.

Die sozialdemokratische Fraktion hat es, wie in früheren Jahren, auch im Berichtsjahre nicht unterlassen, entgegen den Willensäußerungen des Bundesrats für die Arbeiterschutzbestrebungen im Reichstage energisch einzutreten. Das war um so mehr geboten, als das Interesse der Regierung und der bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme auf sozialpolitischem Gebiete immer mehr erlahmte. Anstatt durch wirksamen Bauarbeiterschutz, glaubt man die herrschenden Mißstände durch eine Verzinsung des Baugewerbes beseitigen zu können, und der Reichstag ist am wenigsten dazu angetan, als daß die baugewerblichen Arbeiter auch in Zukunft große Hoffnungen auf ihn setzen könnten. Zum Glück ist die Zukunft des Bauarbeiterschutzes aber weniger abhängig vom Willen der Regierenden und Herrschenden, als vom Willen der Bauarbeiter selbst, und von diesem Gesichtspunkte betrachtet, berechtigt das Wachstum der baugewerblichen Zentralverbände zu den besten Hoffnungen. Im Jahre 1904 waren in dreizehn dieser Verbände 217,055 auf Bauten beschäftigte Ar-

beiter organisiert. Ihre Zahl wuchs auf 272,604 im Jahre 1905 und weiter auf 335,217 im Jahre 1906.

Mit steigendem Eifer haben sich die Organisationen der Bautenkontrolle gebildet. So haben sich an der Sommerkontrolle 1906 in 21 Bundesstaaten 399 Orte beteiligt, gegen 87 Orte im Jahre 1901. An der Winterkontrolle 1906 beteiligten sich 331 Orte gegen 47 im Jahre 1904. Die Zahl der kontrollierten Bauten im Sommer 1906 betrug 9173 und im Winter 7333, gegen 4339 bzw. 2633 im Jahre 1904. Außerdem sind in Verbindung mit der Sommerkontrolle der Bauten 629 Zimmerplätze, 168 Steinmetzwerkplätze und 152 Werk- und Lagerplätze anderer Bauwerke in Bezug auf ihre sanitär-sittlichen Zustände untersucht worden. Daß die Unternehmer-Organisationen und die Kapitalistenpresse dieses Vorgehen mit Haß verfolgen, ist verständlich; hat doch mancher grobe Mißstand verschwinden müssen, nachdem er aus Licht der Öffentlichkeit gezogen worden war.

Ein böses Kapitel ist das über die Unfälle auf Bauten. Bei den Berufsgenossenschaften und den behördlichen Unfallversicherungen sind nach den amtlichen Mitteilungen im Jahre 1905 nicht weniger als 609,160 Unfälle zur Anmeldung gekommen, und für 141,121 Unfälle Entschädigungen festgestellt worden. Die Zahl der tödlich Verletzten betrug 8928. Auf die verschiedenen Bauernisse entfallen davon 71,035, für die in 14,350 Fällen Entschädigungen festgestellt worden sind. Die Zahl der Toten betrug 1224. Die Bauernisse weisen also an jedem Arbeitstage im Durchschnitt 307 Unfälle auf. Täglich bleiben 62,6 Arbeiter schwerverletzt und 5,4 Arbeiter tot auf der Baustelle. Diese Ziffern beziehen sich obenstehend nicht einmal bloß auf erwachsene männliche Arbeiter. Auch Frauen werden noch immer im Baugewerbe ausgebeutet. Sie partizipieren an den entsetzlichen Unfällen des Jahres 1905 allein in 86 Fällen. Ebenso mußten entschädigt werden 264 Unfälle von jugendlichen männlichen Personen und drei Unfälle halberwachsener Mädchen!

Die Zahl der Unfälle ist in den letzten Jahren nicht nur absolut gestiegen, was sich durch die Vermehrung der Arbeitskräfte erklären ließe, sondern auch relativ. So entfielen im Jahre 1897 auf tausend Vollarbeiter 49,89 Unfallanzeigen, im Jahre 1905 aber 57,35. Diese Zunahme mag zum Teil in dem intensiveren Betrieb, in der größeren Anwendung von Maschinen ihre Erklärung finden, zweifellos wirken daran aber der bei vielen Arbeitern noch immer vorhandene Mangel an Schutzbedürfnis und der Mangel einer durchgreifenden technischen und gewerbehygienischen Überwachung der Betriebsstätten sehr erheblich mit, denn anders ist es nicht zu erklären, daß die zum Teil bereits erlassenen wertvollen Schutzbestimmungen ohne jeden Einfluß auf die Höhe der Unfallziffern geblieben sind. Viel zu gering sind die von den Berufsgenossenschaften angewendeten Mittel für die Veröffentlichung von Unfallverhütungs-Vorschriften und Überwachung der Betriebe,

wenn auch bereits eine kleine Besserung zu verzeichnen ist. Für diese Zwecke wurden pro Tausend Vollarbeiter im Jahre 1897 126,99 Mark, 1904 300,90 Mark und 1905 351,16 Mark aufgewendet. Besonders traurig steht es in dieser Hinsicht um die Schlesiens-Posenische Baugewerks-Berufsgenossenschaft. Sie nimmt unter allen anderen den letzten Rang ein, indem sie für die erwähnten Zwecke auf je tausend Vollarbeiter im Jahre 1897 1,51 Mark (1), 1904 75,02 Mark und 1905 191,39 Mark verausgabte. Die Zahl der technischen Aufsichtsbeamten ist nicht nur an sich schon viel zu gering, sondern sie werden obenstehend auch gleichzeitig zumeist noch als Rechnungsbeamte benützt. Ihre Zahl ist von 46 im Jahre 1897 auf 92 im Jahre 1905 gestiegen. Die Schlesiens-Posenische Baugewerks-Berufsgenossenschaft verfügte bis zum Jahre 1900 über gar keinen technischen Aufsichtsbearbeiter, von 1901 bis 1904 beschäftigte sie deren zwei und im Jahre 1905 deren fünf.

Vom Glend der Unfallverletzten und von ihrem Kampf um die kargen Renten wollen wir hier nicht besonders berichten; in dieser Hinsicht teilen die baugewerblichen Arbeiter eben das Schicksal aller anderen Unfallverletzten, über das wir bereits oft zu berichten Veranlassung gehabt haben. Wir wenden uns deshalb dem Kapitel über Berufsstränkungen und Gesundheitschutz zu. Die Hygiene der Arbeit ist in der Hauptsache ein Kampf gegen die Ermüdung. In der Ermüdung liegt der Fluch der Arbeit. Sie steigert alle Gefahren und nimmt dem Körper seine Widerstandsfähigkeit gegen Krankheiten. Gesundheitsliche Gefahren aller Art drängen aber auf die baugewerblichen Arbeiter ein. Sie sind der Witterung und dem Staube, sowie der Einwirkung von Giften und Säuren ausgesetzt, die bei der Arbeit verwendet werden. Rheumatismus, Lungenerkrankungen, Heuergiftung u. bilden die Berufsstränkungen der baugewerblichen Arbeiter. Der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts für 1906 bringt eine Uebersicht über die Gesamtzahl der Rentenbewilligungen in den einzelnen Jahren. Die bewilligten Jubilärenten beliefen sich im Jahre 1901 auf die Zahl von 130,480, sie stiegen dann bis auf 152,869 im Jahre 1903 und sind seitdem ständig zurückgegangen. Im Jahre 1906 wurden nur noch 110,969 Jubilärenten bewilligt. Dagegen stieg die Zahl der Krankenrenten von 7632 im Jahre 1901 ununterbrochen bis auf 12,422 im Jahre 1906. Altersrenten wurden im Jahre 1901 insgesamt 14,849 bewilligt. Ihre Zahl sank von Jahr zu Jahr und 1906 gab es nur noch 10,666 siebenzigjährige, denen eine Rente zu bewilligen war. Immer mehr Krankenrenten und immer weniger Altersrenten, das ist das Bild der gesundheitlichen Zustände in Deutschland, an denen das Baugewerbe den größten Anteil hat. Nicht viel bleibt also gerade für die Arbeiter selbst zu tun, um weitere Beschränkungen der Arbeitszeit und eine energische Kontrolle aller Bauten in Bezug auf ihre sanitären Verhältnisse durchzuführen.

Daß sowohl die berufsgenossenschaftliche, wie auch die gerichtliche Handhabung von Strafbestimmungen gegenüber

Jad.

Roman von Alphonse Daudet.
Einzig autorisierte Uebersetzung.

31] (Nachdruck verboten.)

Armer Madou! Die Ironie seines Schicksals verfolgte ihn bis in den Tod. Der Pensionsvorleser schwankte lange Zeit, ob er ihn wie einen Diensthoden oder als königliche Bedienten bestatten solle. Einerseits trat der Kostenpunkt hervor, andererseits das Interesse der Kellnerin und der Gattin. Nach langer Unentschiedenheit sagte sich Moronval, daß er einen Hauptstreich ausführen müsse, und da der kleine König nicht bei Lebzeiten alle Erwartungen erfüllt hatte, so mußte man schließlich aus seinem Tode Nutzen ziehen.

Man rüstete sich zu pomphaftem Leichenbegängnisse. Alle Journale druckten eine Biographie des kleinen Königs von Dahomey ab, freilich eine kurze Biographie und entsprechend der Dauer seines Daseins, aber umgeben und umkleidet mit einem langen Panegyrikus auf das Gymnasium Moronval und seinen Direktor. Die Vortrefflichkeit der Methode Decostere, das reiche Wissen des um das königliche Kind beschäftigten Arztes, die gesunde Lage der Anstalt, nichts war vergessen worden, und am rührendsten wirkte in diesen Lobeserhebungen die Einmütigkeit und die Uebereinstimmung der Ausdrücke.

Endlich, an einem Tage des Monats Mai, sah Paris, welches trotz seiner unzähligen Beschäftigungen und seiner störrischen Lässigkeit doch immer für alle Vorgänge ein offenes Auge hat, längs der Boulevards einen stattlichen und besprechlichen Leichenzug vorüberziehen. Vier kleine schwarze Schiller hielten die Schürze eines Leichenwagens erster Klasse. Dann kam ein gelber Schiller, bedeckt mit einem Fes — unser Freund Saib, der auf einem Sammetkissen, ich weiß nicht, welche wunderliche Orden, welche sogenante königliche Insignien trug. Ihm folgte der Mulatte in weißer Kravatte, umgeben von Jad und den übrigen warmen Ländern. Dann die Professoren, die Freunde des Hauses, alle Deklassierten, bunt durcheinander, zahlreich und flüchtig. All das zog flüchtig vorüber, verlegte vor dem vollen Licht des Tages, und doch war dies traurige Gefolge während für den kleinen entthronten König. Waren all diese unglücklichen Trümmern nicht auch Prätexten irgend eines eingebildeten Königtums, welches sie niemals betreten sollten? Und kann man nicht in Paris allein solch eine Beerdigung sehen: ein König von Dahomey, nach dem Archibis geleitet von allen Degradirten der Bohème?

Um die Trübsal dieser kläglichen Zeremonie zu veredeln, kam der Regen, ein fetter, dichter, kalter, prasselnder

Regen, ohne Unterbrechung nieder, gleich als ob das Mißgeschick der Räfte den kleinen König bis in die Erde, wo er sich schlafen legte, hinunter verfolgte. Leider! ja, bis in die Erde; denn die Rede, welche Moronval, als der Sarg hinabgesenkt war, vortrug, — ein edles Niederbauen leidenschaftlicher Gemeinplätze, gepreizter und eifriger Worte — war nicht dazu angetan, sich zu erwärmen, mein armer Madou. Der Mulatte sprach von den Tugenden, von der großen Einsicht des Verstorbenen, von eines Tages das Muster eines Fürsten würde geworden sein, und endete seine Leichenrede mit dem alltäglichen, in solchen Fällen stets gebrauchten Lobe: „Es war ein Mann!“ sagte er mit Emphase.

Es war ein Mann!
Wer diese kleine, rührende, sympathische Offengefakt gekannt hatte, diese Kindheit des Gesichtes und der Sprache, verzerrt durch eine vertierende Neugierigkeit, dem mußte dies Wort Moronvals ebenso betrübend wie komisch erscheinen.

Und doch, — unter all den falschen Tränen, welche Madou bewachten, gab es einen echten Kummer, einen aufrichtigen Schmerz, den des kleinen Jad. Der Tod seines Gefährten hatte tiefen Eindruck auf ihn gemacht, und dies kleine schwarzbraune Gesichtchen, so düster und böslich verwickelt, welches er im Gewächshause gesehen, verfolgte ihn seit zwei Tagen unablässig. Und da zu gefühlte sich jetzt noch der Eindruck der traurigen Zeremonie und das Gefühl seines eigenen Unglücks. Jetzt, seit der Regen nicht mehr da war, fühlte er sich allein allem Jorn des Lehrers preisgegeben; denn die anderen kleinen warmen Länder, so verlassen sie auch waren, hatten doch jämlich Korrespondenten, welche sie zeitweise besuchten und gegen gar zu ersichtliche Korderungen Einspruch erhoben haben würden. Jad war ganz verlassen, das sah er wohl. Seine Mutter schrieb ihm nicht mehr; niemand im Gymnasium mußte, wo sie war. Ach, wenn er es hätte erfahren können, wie schnell würde er sich zu ihr geflüchtet, ihr all sein Glend erzählt haben!

Er dachte daran, der kleine Jad, als er den langen, schmuckigen Weg vom Kirchhof herniederstieg. Labastindre und Doktor Girich gingen vor ihm, plauderten mit lauter Stimme, und er hörte folgendes:
„Ich bin sicher, daß sie in Paris ist“, sagte Labastindre.
„Machinemäßig horchte Jad auf.“
„Ich sah sie vorgestern den Boulevard entlang gehen.“
„Und er?“
„Zum Teufel, Du denkst wohl, daß sie zusammen zurückkommen mußten.“
„Sie, er: das waren zwei sehr unbestimmte Bezeichnungen, und doch fühlte sich Jad ganz erregt, wie wenn er jene Tischgespräche hörte, die ihn so marterten. Aber halb darauf benachrichtigten ihn in der Tat die beiden sehr deutlich ausgesprochenen Namen, daß er sich nicht täuschte. Seine Mutter war also in

Paris, in derselben Stadt wie er, und doch besuchte sie ihn nicht.

Wenn ich selbst zu ihr ginge, sprach er plötzlich bei sich. Während des langen Marches vom Archibis Pere-Dachats bis zur Avenue Montaigne beschäftigte ihn der Gedanke unablässig: zu entwischen, die Unordnung zu benutzen, in der das Pensionat heimkehrte, zerstreut von Ermüdung und einzelnen Unterhaltungen, wenig bekümmert um die Ordnung und Haltung, jetzt, nachdem die Wirkung erzielt, die Vorstellung beendet war. Moronval, umringt von seinen Professoren und einer Gruppe der Deklassierten, eröffnete den March und wendete sich von Zeit zu Zeit mit einer Handbewegung nach dem großen Saal um, der einen zweiten Trupp führte: „Vorwärts!“ Der Ägypter seinerseits übertrug den Ruf und die Handbewegung des Herrn auf die kleinen Betne, die mühsam in weiter Entfernung folgten. „Vorwärts! Vorwärts!“ Dann strigen die Nachzügler an zu laufen, und hielten endlich mit vielem Effort die Haupttruppe ein. Nur Jad blieb immer mehr und mehr zurück, indem er sich Ermüdung heuchelte.

„Vorwärts!“ sagte Moronval.
„Vorwärts! Vorwärts!“ wiederholte der Ägypter.
Seine Eintritt in dieChamps-Élysées brachte sich Saib zum letzten Male um und bewegte telegraphenartig seine langen Arme; aber er ließ sie sehr bald in befähigter, erstarrender Haltung niederfallen.

Diesmal war der kleine Jad verschwunden.
VII.

Ein Nachtmarch querfeldein.

Anfangs lief er nicht. Er wollte nicht den Eindruck eines Flüchtlings machen.
Er ging im Gegenteil in gleichgültigem Bummelschritt, nur mit nachsichtigen Augen und ließ bereit zu runderbarster Eile. Aber je mehr er sich dem Boulevard Saubmann näherte, um so schneller trieb ihn eine närrische Neigung zu laufen vorwärts, und seine kleinen Schritte verlängerten sich wider Willen, und seine Ungebild, horthin zu gelangen, wuchs an schrecklicher Erregung.

Wie würde er es auf dem Boulevard finden? Das Haus vielleicht geschlossen? Und wenn Strich und Labastindre sich gerirt hätten, wenn seine Mutter nicht zurückgekehrt wäre, was sollte dann aus ihm werden? Der Gedanke, in das Gymnasium zurückzugehen, fiel ihm nach dieser Flucht nicht einmal ein. Wenn er daran gedacht hätte, — die Erinnerung an die dumpfen Schläge und an die jämmerlichen Klagen, welche er einen ganzen Nachmittags lang aus dem Zimmer, wo der Mulatte und Madou eingeschlossen geblieben waren, gehört hatte, würden ihn mit Schrecken erfüllt und von seinem Plane abgebracht haben.
(Fortsetzung folgt.)

Unternehmern zu wünschen übrig läßt, die Leben und Gesundheit der Arbeiter in freibewerblicher Weise aufs Spiel setzen, ist bekannt. So verhängt zum Beispiel die Magdeburgerische Bauergewerkschaft über jeden Unternehmer, durch den sie infolge falscher Anmeldung z. B. finanziell geschädigt wurde, im Durchschnitt berechnet eine Strafe von 17.97 Mark, für jede ihr zur Kenntnis gekommene Vernachlässigung des Arbeiterschutzes, im Durchschnitt aber nur 4.84 Mark. Bei schweren Baumfällen werden von den Strafgerichten wegen fahrlässiger Tötung im allgemeinen nicht nur unglaublich niedrige Strafen festgesetzt, der Unternehmer geht vielmehr in der Regel gänzlich strafflos aus. Er schiebt alle Schuld den Policen zu, die dann für die wahrhaft schuldigen Hülsen müssen.

Bergegenwärtig man sich zu alledem noch die durch das Submissionswesen hervorgerufenen Mißstände, unter denen am letzten Ende doch wieder in der Hauptsache die Arbeiter zu leiden haben, dann kommt man trotz einiger anerkennenswerten Fortschritte, die der Bauarbeiter auch im letzten Jahre durch Erlass einiger dristlicher Polizeiverordnungen und durch vereinzelte kommunale Beschlüsse gemacht hat, zu dem Ergebnis, daß der Schutz der Bauarbeiter in Deutschland noch viel zu wünschen übrig läßt. Allerdings erscheint es nötig, daß manchmal auch die Bauarbeiter selbst dieser Angelegenheit etwas mehr Interesse entgegenbringen.

Politische Uebersicht.

Reichstag und Landtag treten an diesem Mittwoch in Berlin wieder zusammen. Damit setzen auch wieder lebhafter alle großen und kleinen Kämpfe ein, die sich um den Hauptkampf der Zeit, den um das preussische Wahlrecht, gruppieren. Von größter Wichtigkeit ist zunächst die Lösung der Reichsfinanzfrage. Hierzu erfährt die „Berl. Volksztg.“ von „besonderer Seite“, daß die Regierung mit dem Plane umgeht, eine Vermögenssteuer zu schaffen, die zwar von den Einzelstaaten erhoben wird, deren Erträge aber nicht in ihre, sondern in Form erhöhter Matricularbeiträge in die Reichskasse fließen werden. Außerdem sei eine Erhöhung der Branntweinsteuer in Aussicht genommen, während Zigarettenbänder und Wehrsteuer „in Reserve gehalten“ werden. Klar ist an der Nachricht der „Volkszeitung“ nur die Erhöhung der Branntweinsteuer. Wir haben schon oft hervorgehoben, daß die Erweiterung der Erbschaftsteuer oder die Einführung einer halbwegs ausgiebigen Vermögenssteuer jede Erhöhung oder Neueinführung indirekter Steuern überflüssig machen würde. Wenn Ansehen nach handelt es sich aber in der Hauptsache um letztere, und die Vermögenssteuer bliebe dann nur ein Schönheitspfasterchen aus der sozialdemokratischen Apotheke.

Ueber den § 7 des Vereinsgesetzes ist man noch immer nicht handelnsam geworden. Herr von Payer hat auf dem württembergischen Parteitag der süddeutschen Volkspartei ziemlich scharf, der Landtags-Abgeordnete Gas hat es noch viel schärfer kritisiert. Aber gegen preussische Köpfe und bayerische Weininger-Müller bleiben die Schwaben eine durch Fraktionsgemeinschaft gebundene Minorität. Die Gefahr ist größer als je, daß durch den Verrat des Freisinn ein Vereinsgesetz zustande kommt, das auf der einen Seite dreimal nimmt, was es auf der anderen einmal gibt.

Auch über das Börsegesetz herrscht noch keine Klarheit, die Opposition auf der Rechten ist noch nicht völlig überwunden. Die Reform des Majestätsbeleidigungsparagraphen, die eine Verschärfung des Gesetzes für die Opposition bedeutet, scheint dagegen im Block beschlossene Sache zu sein. Die zweite Lesung des Entwurfs wird jedenfalls erwünschte Gelegenheiten bieten, den Königsberger Schandfäulenprozeß unter vollem Gebrauch der parlamentarischen Redefreiheit nach Verdienst zu erörtern.

Die Beratung der Novelle zur Gewerbeordnung liegt auf dem Tische und in ziemlich weiter Ferne. Im Landtag wird der Kampf um die antipolitische Enteignungsvorlage zu Ende gelämpft werden. Ob das Kompromiß, das den Galaktischen zu wenig bietet, einem Teil der Agrarier aber als gefährliches Vorbild künftiger sozialistischer Landexpropriationen erscheint, sich im Plenum haltbar erweisen wird, ist noch nicht bestimmt, obgleich es wahrscheinlich ist.

Das Interesse an den parlamentarischen Verhandlungen konzentriert sich naturgemäß auf den 10. Januar, an dem die preussische Regierung ihre Erklärung über das Wahlrecht abgeben wird. Hier wird sie sich selber und ihrem Block das Urteil sprechen. Auch die Entscheidung der Dinge im Reichstag wird von den preussischen Entscheidungen des 10. Januar aufs tiefste beeinflusst werden. Zwar besteht in den Kreisen des Freisinn, namentlich der freisinnigen Volkspartei, die feste Absicht, die Blockpolitik an keiner wie immer gearteten Wahlrechts-Erklärung der Regierung scheitern zu lassen. Es mag aber leicht sein, daß sich die Macht der Tatsachen und der Druck der Massen härter erweist als die Berechnungen einer spießbürgerlichen Eintagspartei. Der Block ist in seiner überwältigenden Mehrheit wahlrechtsfeindlich. Schon deshalb muß in Reich und Staat die sozialdemokratische Parole nach wie vor lauten: **Gegen den Block!**

Die Verteuerung der Telefongespräche. Unter dem Vorbehalt des Staatssekretärs Kraetzle fand am Dienstag, wie offiziös gemeldet wird, eine Besprechung über die beabsichtigten Fernsprechkosten zwischen den Vertretern der Reichstelegraphenverwaltung, der kaiserlichen Telegraphenverwaltung, Vertretern des Handels, der Industrie, der Landwirtschaft und des Handelsstands statt. Die Mehrheit stimmte der gänzlichen Beseitigung des Hausgebührensystems und der Ersetzung desselben durch Erhebung von Grundgesprächsgeldern zu.

Die vorgeschlagene Straffolge der gegen den Hörsinger Laiz am 10. März erlassenen Grundgebühren wurde mit der Maßgabe bedingt, daß eine weitere Herabsetzung der Grundgebühren von 50 auf 40 M. für die Regel mit weniger als 500 Teilnehmern konstant bleibt. Die fernrätliche Festsetzung der Gebührensätze auf 4 M. wurde allgemein genehmigt und die Schaffung einer neuen Stufe

von 75 M. für Ferngespräche von 100 bis 250 Kilometern allseitig begrüßt.

Wenn man sich die Zusammensetzung des Kollegiums ansieht, kann man sich über die Zustimmung nicht wundern: außer den Abgeordneten des Fiskus waren die Gegner jeden Verkehrsfortschritts gut vertreten, während die Presse, die das Telephon am meisten in Anspruch nimmt, gar nicht gehört wurde. Vielleicht täuscht sich der Herr Kraetzle über den finanziellen Erfolg seiner Maßnahmen, so wie sein preussischer Eisenbahnkollege mit der Fahrkartensteuer, zu gönnen wäre es ihm.

Zu dem Königsberger Majestätsbeleidigungsprozeß, der sich dem Geheimbundsverfahren würdig anreicht, erhalten wir von einem österreichischen Freunde eine Zuschrift, die an unseren Einleitungsartikel anknüpft:

Anknüpfend des Prozesses gegen die Genossen Marchwaldt und Marchmont verweisen Sie auf österreichische Verhältnisse, wobei Sie bemerken, daß Beleidigungen verstorbenen Mitglieder der Familie Gabsburg-Vohringen, ja selbst der Familie Gabsburg in vorläufiger Zeit in Oesterreich zwar strafbar sind, daß man bei uns Zeitungen wegen solchen Sünden konfisziert hat und solche Konfiskationen bekräftigt wurden, daß aber die Verhältnisse vor den Schwurgerichten leichten Stand hätten als in Oesterreich im Reich. Das ist wohl richtig — man sagt ja bei uns Journalisten wegen politischer Delikte überhaupt nicht mehr an und selbst die Konfiskationspraxis ist in den letzten Jahren sehr eingeschränkt worden und beschränkt sich fast nur mehr auf Antimilitaristisches wie auf „Beleidigungen“ von Mitgliedern des kaiserlichen Hauses, zum Beispiel auf Kritiken, die an dem Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand, dem Protektor des katholischen Schulvereins für Oesterreich“ gelist werden. Aber wehe, wenn irgend ein armer, unwissender Mensch, vielleicht im Schnapsdusel in der Dorfstraße eine alberne Bemerkung über irgend ein längst verstorbenes Herrschergeheiß aus dem „durchlauchtigsten Erzhaus“ macht! Der kommt dann nämlich nicht vor das Schwurgericht, weil das Delikt nicht durch die Presse begangen ist, sondern vor ein Herrscherkollegium das man mit amtlicher Fronte einen Erkenntnisbescheid best. Da wurde erst letzten ein Arbeiter vom Kreisgericht Thru bin, Oshöhmen, wegen Beleidigung der Kaiserin Maria Theresia zu drei Monaten schweren Gefängnis verurteilt, wobei sich das Gericht auf einen Justizministerial-Erlass aus dem Jahre 1854, aus der Zeit des Belagerungsstandes berief, um die Anwendung des Strafgesetzbuchart. 68 auf längst in Staub zerfallene, aber, richtiger gesagt, längst einäscherte Majestäts-„Rechtstaten“ und eine ähnliche Strafe verhängte gegen Maria Theresia-Beleidigung.

Die Zahl der Majestätsbeleidigungsprozesse bei uns in Oesterreich reicht allerdings bei weitem nicht an gewisse Retorsions her an. Aber nicht, weil die i. z. Richter weniger eifrig wären als ihre Kollegen im Reich, na, sagen wir Birma, sondern weil der österreichische Kaiser weniger auf der politischen Bühne hervortritt als andere Monarchen. Kommt aber erst Franz Ferdinand zur Herrschaft und tritt er auch dann noch so demonstrativ hervor wie als Erzherzog, dann kann es auch in Oesterreich viele Leidtragende geben, die mit Schmerzen erfahren, daß der Zuschauer nicht an allen Erscheinungen auf der Bühne Kritik üben darf.

Der Schacher um das Sprachenverbot.

Die „Kölnische Zeitung“ nimmt den ehrbaren Vorschlag der „Breslauer Zeitung“ auf, dem § 7 des Vereinsgesetzes folgende Fassung zu geben:

„Die Verhandlungen der öffentlichen Versammlungen sind in der deutschen Sprache zu führen. Ausnahmen sind in gemischtsprachigen Teilen des Deutschen Reichs im Wege der Landesgesetzgebung zulässig. Als gemischtsprachig sind anzusehen einzelne Teile Elsaß-Lothringens und der preussischen Provinzen Schlesien, Posen, Ostpreußen, Westpreußen und Schleswig-Holstein anzusehen.“

Damit würde die Entscheidung über die Ausnahmen den Verwaltungsbehörden entzogen und der Landesgesetzgebung übertragen. Das Versammlungsrecht der Nichtdeutschen wäre im größten Teil des Reiches von vornherein vernichtet, im anderen wäre es zumeist von der Gnade des preussischen Klassenparlamentes abhängig gemacht. Da der Freisinn diese Schiebung selbst angeregt hat, dürfte durch sie die Vergewaltigung der Polen perfekt und das verstümmelte Vereinsgesetz angenommen werden.

Gebührentage und Ehrengerichtshof.

Eine bemerkenswerte Entscheidung zur Auslegung der ärztlichen Gebührentage trat der ärztliche Ehrengerichtshof für das Königreich Sachsen in letzter Instanz. Es wird darüber aus Dresden berichtet: Ein sächsischer Arzt hatte an einer Frau in seiner Privatklinik eine Operation vorgenommen und hierfür in der Liquidation den Betrag von 200 Mark ausgesetzt, während die Gebührentage für eine derartige Operation 10 bis 100 Mark vorliege. Ein Teilnachlass an der Liquidation, um den der Ehegatte der Patientin gebeten hatte, war von dem Arzte abgelehnt worden mit der Begründung: die Rechnung entspreche genau der gerichtlichen Medizinaltabelle.

Die Sache hatte, da dem Arzte auch noch in anderer Beziehung nicht ganz einwandfreies Verhalten vorgeworfen wurde, den zuständigen ärztlichen Ehrengerichtshof und in der Berufungsinstanz den ärztlichen Ehrengerichtshof beschäftigt. Dieser hat sich hauptsächlich der Taxüberschreitung beziehungsweise Taxauslegung unter anderem folgendermaßen ausgesprochen: Der Beschuldigte hat es unternommen, die Uebereinstimmung seiner Rechnung mit der ärztlichen Gebührentage vom 28. März 1889 damit zu beweisen, daß von den 200 Mark für die Operation 100 Mark für die eigentliche Operation zu rechnen seien, die anderen 100 Mark aber in einzelne kleinere Posten für Verrichtungen, die im notwendigen Zusammenhange mit der eigentlichen Operation zu erledigen waren, zu setzen seien, zu deren Aufzählung er nach der Gebührentabelle neben dem Antrag für die Operation berechtigt gewesen sei. Der Ehrengerichtshof hat ihm jedoch hierin nicht folgen können. Er geht vielmehr davon aus, daß zu der Operation (Taxe 10 bis 100 Mark) alle Vorbereitungs- und Nebenverrichtungen gehören, welche dabei vorzunehmen, wozu die große Spannung zwischen Mindest- und Höchstbetrag dieses Aufzuges hinreichend. Daß die dabei in Betracht kommenden Nebenverrichtungen außerdem auch noch unter besonderen Umständen der Taxe genehmigt sind, beruht darauf, daß sie auch allein, ohne Operation vollzogen können. Der Ehrengerichtshof betont am Schluß seiner Entscheidung besonders, daß der Versuch einer derartigen Spaltung von Einzelanlagen für eine Sejamessung schon an sich nicht akzeptabel ist. Schließlich sei dem wiederholten Aufsuchen des Beschuldigten gegenüber, die Taxe gelte für Spezialärzte nicht, darauf hinzuweisen, daß die Taxe für Spezialärzte genau so wie für andere Ärzte gelte.

Dem Minister für Inneres. Das Urteil des kaiserlichen Disziplinargerichtshofes in der Verfassungsklage gegen den früheren Gouverneur von Loth. Pom. durch das die in der ersten Instanz erlassene Strafe der Disziplinierung in Befreiung in ein anderes Amt gemildert wurde, wird eine Änderung in der Stellung des

Herrn Pom. angeht nicht herbeizuführen. Herr Horn, der zur Disposition gestellt ist, wird, wie offiziös verlautet, eine weitere Verwendung im Reichsdienst voraussichtlich nicht finden. — Antworten?

Das herrliche Dreiklassenwahlrecht. Noch ein weiteres Beispiel für das Karikaturnüchtern des Dreiklassenwahlrechts in der Kammer wird uns aus Elbing berichtet. Nach dort hat ein einziger Steuerzahler der ersten Wahlklasse so viel Wahlrecht wie die Wähler der beiden anderen Wahlklassen zusammen. Selbst sechs bis acht Jahren bildet in Elbing die ganze erste Wahlklasse allein der Geheim Kommerzienrat Dr. Biese (von dem Schickau-Werken). Er wohnt von den 60 Stadtvorordneten der 58.000 Einwohner abtenden Stadt Elbing ganz allein 20; mit anderen Worten: ein einziger Wähler ernannt nach Belieben den dritten Teil der Stadtvorordneten. Es ist unbillig, aber die „Gerechtigkeit“ eines derartigen Wahlrechtes noch irgend ein Wort zu verlieren.

Wesfel im Präsidium der Reichsbank. Die Verabschiedung des Reichsbankpräsidenten Dr. Koch ist am Dienstag unter Verleihung des Großkreuzes des Roten Adlerordens unterzeichnet worden und gleichzeitig der Präsident der Seehandlung, Faber-Rein, zu Kochs Nachfolger ernannt worden.

Bei der Landtagserversammlung im Wahlkreis Trier wurde an Stelle des verstorbenen Abg. D. S. Bach (Zentrum) der Kandidat der Zentrumspartei, Landgerichtsrat Schreiner, ohne Gegenkandidat gewählt. Trier ist mit der schwärzeste Winkel der Rheinprovinz.

Gegen den Grafen Walter Müller-Schirmer ist auf Antrag der Staatsanwaltschaft das Entmündigungsverfahren eingeleitet worden. Der Graf hält sich zurzeit in einem Sanatorium in der Nähe von München auf. — Lange genug hat man mit der notwendigen Maßregel gewartet.

Der Stollenerverein Sie und Herr. Wie der Berliner „N.-N.“ durch Erlaubigungen an ausländischer Stelle erfahren haben will, hat Prinz Ruprecht von Bayern während seiner Anwesenheit bei der Neujahrseierlichkeit in Berlin eine Unterredung mit General Rein gehabt; über den Inhalt der Unterredung wird Stillschweigen bewahrt. Es klingt so nicht sehr wahrscheinlich.

Wie die „Münch. Neuesten Nachr.“ erfahren, sind die zwei höchsten Persönlichkeiten, den General Rein im zum freiwilliger Rücktritt zu bewegen, endgültig gescheitert. — Er will entweder gegangen werden oder den Verein sprengen.

Die Sonntagsernte im Handelsgewerbe soll bekanntlich durch eine weitere Novelle zur Gewerbeordnung neu geregelt werden, und zwar in dem Sinne, daß die Sonntagsernte im Handelsgewerbe die völli Sonntagsernte eingehalten werden soll. Abgesehen von anderen Ausnahmen sollen nur die weiteren Kommunalverbände mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde Sonntagsernte bis zu 8 Stunden, jedoch nicht über 2 Uhr Nachmittags hinaus, gestatten dürfen. Diese Novelle ist jetzt den Regierungspräsidenten mitgeteilt worden mit dem Ertrinken, sich nach Änderung der amtlichen Vertretungen des Handelsstandes sowie der etwa in den einzelnen Bezirken vorhandenen größeren Vereinigungen von Handelsgewerbetreibenden und Handlungsgehilfen über den Entwurf zu äußern.

Die Prinzipale werden das als eine Gelegenheit zum Dremfen bezähen, öffentlich halten ihm die Gehilfen Stange.

Ansland.

Ein Wahlaufsatz der Sozialdemokratie Böhmens. Das böhmische Volk befindet sich seinen Herrschern und Bedrückern gegenüber in einer ähnlichen Situation wie das preussische. Böhmen ist das industriell hochentwickelteste Land der österreichischen Monarchie, darum ist es auch ein Land der Arbeiter. Bei der letzten Volkszählung wurden in Böhmen 1.860.056 Männer und Frauen gezählt, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Die Arbeiterklasse bildet in Böhmen, wenn man die Familie hinzurechnet, eine Armee von 3.67 Millionen Köpfen, das sind über 56 Prozent der Bevölkerung des Landes. Und diese überwiegende Mehrheit der Bevölkerung hat im böhmischen Landtage keinerlei Vertretung. Selbst die Bauern und die Kleingewerbetreibenden und Handwerker der Städte sind ebenfalls so gut wie ausgeschlossen. Beherrscht wird der böhmische Landtag von den Feudalen, von den Nachkommen jener Adelsgeschlechter, die während des dreißigjährigen Krieges nach Böhmen kamen, die Tausende von Bauern aus ihren Höfen betrieben haben, und die immer feindlich jedes Fortschritts immer die Stützen des Feudalismus und der schwarzensten Reaktion gewesen sind. Diese kleine Elite kann sich um so leichter in der Macht erhalten, als das böhmische Volk in seinen verschiedenen Klassen in zwei einander feindlich gegenüberstehende Nationen gespalten ist. Geht es nur die sozialdemokratische Arbeiterpartei, Tschechen und Deutsche gehen hier Hand in Hand gegen den gemeinsamen Feind. Wie die preussische, so rüstet sich zurzeit auch die böhmische Sozialdemokratie zum Kampfe um das Landtagswahlrecht. Ein Aktus, den die Sozialdemokratie Böhmens schon erkämpft, schließt mit den Worten:

„Öffnet die Tore des Landtages den breiten Massen des Volkes! Weg mit den Feudalen und den kapitalistischen Eliten aus dem Landtage! Es lebe das allgemeine, gleiche Landtagswahlrecht! Auf zum Kampfe für die politische Gleichberechtigung, für soziale Reformen, für den nationalen Frieden und nationale Rechte!“

Neue Enthaltungen über den „Matin“-Skandal.

Die „Humanité“ unseres Genossen Faures in Paris bringt eine weitere interessante Enthaltung zu dem „Matin“-Skandal. Der „Matin“ hat bekanntlich immer geleugnet, etwas mit der belarnten Expedition Blanchet durch die Sahara zu tun gehabt zu haben, und lehnte es deshalb auch ab, die 64.000 Francs rückständige Schulden an die Regierung zu bezahlen. Jetzt bringt die „Humanité“ einen Passus aus einem Protokoll einer Generalversammlung der „Matin“-Aktiengesellschaft vom 29. März 1901 zum Abdruck. Da berichtet u. a. der Aufsichtsrat: „Wir haben die Expedition Blanchet organisiert auf dem Grunde, um eine Expedition durch die Sahara vorzubereiten, durch welche unsere Kolonien im Nordwesten Afrikas einen weiteren, größeren Aufschwung nehmen würden.“ Es wird dann weiter mitgeteilt, daß der Leiter der Expedition, Hr. Blanchet, leider vom Tode ereilt ist, daß aber nichtsdestoweniger die Arbeiten fortgesetzt würden, daß diese nunmehr die Regierung selbst weiter führe. Dann heißt es: „Der „Matin“ kann stolz sein, zu diesen Erfolgen beigetragen zu haben. Die Kosten, welche diese Expedition verursacht hat, sind in der Profiten und Verlusten der vorliegenden Abrechnung mit enthalten.“ Hier rühmt sich also die Verwaltung des „Matin“, die Expedition selbst organisiert und selbst bezahlt zu haben. Als es dann wirklich am Bezahlen ging, zog sie sich behelben in den Hintergrund zurück. Wird der „Matin“ nun endlich bezahlen?

Näherung Frankreichs an Deutschland? Der frühere Deutsche Francis Laur teilt der „Frankf. Bzg.“ mit, es werde trotz aller anders lautenden Nachrichten der Wunsch immer lauter, daß zwischen Deutschland und Frankreich eine Annäherung zustande komme. Dieser Wunsch zeige sich in verschiedenen Bestrebungen und Vorgängen. Es wäre von großer Bedeutung, wenn alle Bestrebungen eines guten Willens zusammengefaßt würden. Er erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß eine Verständigung (?) gemacht worden ist, in der die Bedingungen einer entgeltlichen Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich formuliert worden sind. Man hat dem deutschen Kaiser während seines Aufenthalts in England ein diesbezügliches Memorandum vorgelegt. Neu und unerwartet ist die Forderung der sogenannten Eltsch-Lothringers-Fragen. Es ist eine entgeltliche Lösung, die die Interessen Deutschlands und Frankreichs in gleicher Weise berücksichtigt. Diese Lösung kann allein den wahren Frieden geben. Sie rühmt von Gaudetia her und wurde

Stadt-Theater.

Mittwoch, Anfang 8 Uhr:
„Calome“.
Donnerstag:
„Der Freischütz“.
Freitag:
„Die Fäbin“.

Lobe-Theater.

Mittwoch:
„Die Hochzeit von Boßi“.
Donnerstag:
„Die lustige Witwe“.
Freitag:
„Karrenglanz“.

Volksvorstellungen im Thalia-Theater.

Mittwoch:
Gruppe F. 5. Vorstellung:
„Der Sonnwendhof“.
Donnerstag:
Gruppe F. 5. Vorstellung:
„Der Sonnwendhof“.
Freitag:
„Karrenglanz“.

Schauspielhaus

Mittwoch 7 1/2 Uhr:
„Anna Karénina“.
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
„Anna Karénina“.

Liebichs

Etablissement.
Neues Programm!
12 Schlager 12
Anfang 7 1/2 Uhr.

Victoria-Theater

(Simmentauer Garten).
Bellini
und das phänomenale
Januar-Programm.
Anfang präzis 7 1/2 Uhr.
Sons an Wochentagen gültig.

Zeltgarten.

Dr. H. Krzinski.
Troppaers
Budapester
Burlesken-Ensemble
die neuen
Spezialitäten.

Deutscher Kaiser

Friedrich-Wilhelmstr. 35.
Gute Mittwoch:
Gala-Vorstellung
des phänomenalen
Erkennens-Programms.
12 Attraktionen.
Eintritt 30 Pf.
Sergantanten überall zu haben.
Bis zum Donnerstag:
Vorstellung.

Dominikaner.

Die
Nürnberger Sänger.
Jeden Freitag:
Großer Karren-Abend.

Palmengarten

Dr. H. Krzinski.
Der berühmte
Festwirt
Ehrengruber
mit seiner
Oberländer-Kapelle.
Jubiläum und Erntedankfest.
Eintritt frei.

Masken

eigentlich — preiswert.
B. Altmann,
Gartenstr. 65 (Palmengarten)
a. d. Schweidnitzerstr. (Tel. 7615).
Katalog gegen 30 Pf. i. Wart.

Am 6. d. Mts. früh 8 1/2 Uhr, starb nach langem, schwerem
Leiden unsere liebe Tante, die Zigarren-Sortiererin

Dorothea Hoffmann

im Alter von 66 Jahren.
Dies zeigen tiefbetrübt, um stille Teilnahme bittend, an
Maria Fiedler nebst Familie.

Beerdigung: Donnerstag, nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Aller-
heiligen-Hospital nach Cosel, St. Nikolai.

Am 6. d. Mts. verschied nach langem, schwerem Leiden
unser werter Kollege, der Knospfabeiter

Hermann Dittebrand

im blühenden Alter von 33 Jahren.
Sein Andenken werden in Ehren halten
Die organisierten Kollegen der Firma Löwenson.

**Zahlreiche
Protestversammlungen**

sollen am
9. Januar, Abends 8 Uhr,
in Breslau und dem übrigen Schlesien stattfinden, und zwar:

- Breslau:**
Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17,
Deutscher, Hubenstraße 50,
Königsgrund, Lohstraße 45/47,
Wilde, Gräblichenerstraße 74,
Kronprinz, Kurzegeße 50/52,
Schweizerhof, Schweizerstraße 23,
Bathof, Schießwerderplatz 12,
Bergkeller, Klettschauerstraße 32,
Fürstentronne, Fürstenstraße 32,
Scala, Nikolaitstraße 27.

- Breslau Land-Neumarkt:**
Dömitz, bei Knabe,
Maria-Höfchen, bei Müller,
Gräbchen, bei Flöther,
Klettendorf, bei Thamm,
Verdain, bei Poser, Hubenstraße 125,
Gr.-Tschansch, bei Zappe,
Pöpelwitz, bei Haniel, Berliner Chaussee,
Leipe-Petersdorf, bei Beuler.

- Provinz Schlesien:**
Strehlen, Bathof bei Herder,
Oblau, Bathof „Stadt Dels“,
Neumarkt, Bathof „Zum gelben Löwen“,
Liegnitz, Gewerkschaftshaus,
Freiburg, Bathof „Germania“,
Alt-Lässig, Brauerei des Herrn Böhm,
Siregau, Bathof „Bierquelle“,
Peistertwitz, Bathof Schaar,
Festenberg, Gewerkschaftslokal (Wende),
Schnau, Bathof „Zur Hoffnung“,
Schmiedeberg, Bathof „Zum Schlüssel“,
Ziegenhals, Gewerkschaftshaus,
Reiße, Gewerkschaftshaus,
Neustadt, Gewerkschaftshaus,
Gorkau bei Rimpfisch, Bathof Dübner,
Gorkau bei Jobien,
Görlitz, Abends 8 1/2 Uhr im Konzerthausaal,
Langenöls, in der Brauerei,
Lanbau, im Gewerkschaftshaus,
Benzig, in der Krone,
Tiefenfurt, in der Brauerei,
Daußlau, in den Drei Kronen,
Muskau, Abends 7 1/2 Uhr bei Wigmann,
Ober-Langensielau, bei Winkler,
Langensielau, bei Waldbach,
Reichenbach-Niederstadt, im Schwarzen Bär,
Peterswaldau, in der Gloterei,
Altwasser, Abends 7 Uhr im Deutschen Kaiser,
Landeshut, im Bathof zur Sonne,
Rohrenbach, in Brandtner's Gerichtskreisam,
Zauer, im Grünen Adler,
Liebau, in der Stadt Berlin (dies ist eine Arbeiter-
versammlung des sozialdemokratischen Wahl-
vereins und nur für Männer).

- Beuthen, im Gewerkschaftslokal, Rosberg,
Groß-Dombrowaerstraße 8.
Königshütte, Gewerkschaftslokal, Ringstr. 3,
Kattowitz, „ „ Rathhausstr. 12,
Gleiwitz, „ „ Leichgasse 3,
Zabrze, „ „ Garienstr. 29.

Die Tagesordnung in allen Versammlungen lautet:

„Die Entscheidung im Kampfe um das
freie Wahlrecht für Preußen.“

Ostdeutsche Handels-Akademie

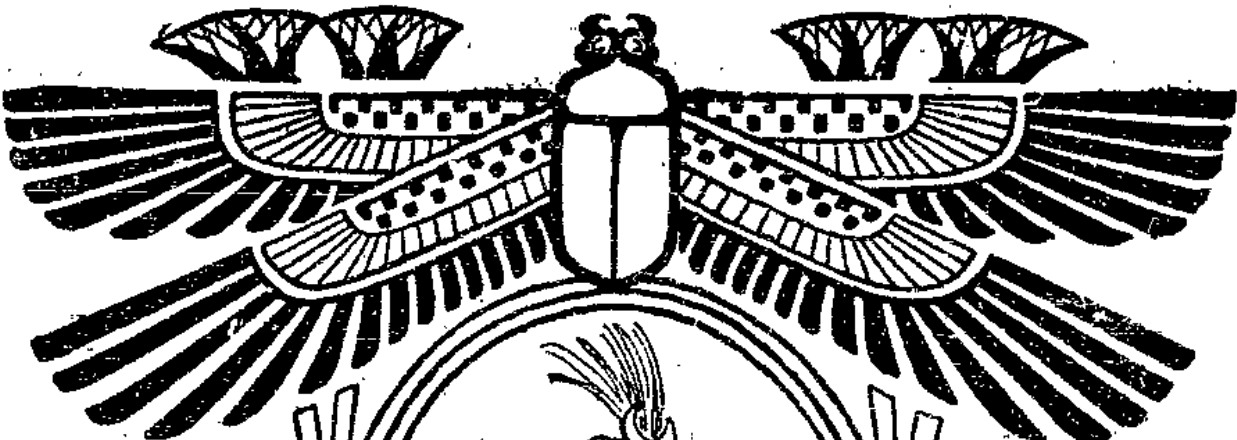
Heinrich Barber, Breslau I, Graupenstr. 12.
Telefon 2447.



Schreibmaschinen-Lehrsaal.

**Vierteljahreskurse
Halbjahreskurse
Einzelunterricht**

Beginn neuer Kurse: Anfang Januar 1908.
Damenkurse • Herrenkurse
Prospekt gratis und franko!
Anmeldung täglich!



Ihren Qualitätseigenschaften verdanken Jas-
matzi-Cigaretten ihre beispiellose Beliebtheit.

**JASMATZI
CIGARETTEN**

vereinigen in sich alle die Vorzüge, welche
wirkliche Kenner bei besten türkischen
Cigaretten beanspruchen.

Jasmatzi-Pol	1 Pfg.
Jasmatzi-Lucca	1 "
Jasmatzi-Uncas	2 "
Jasmatzi-Rillan	3 "
Jasmatzi-Ramses	3 "
Jasmatzi-Pteo	4-25 "

Georg A. Jasmatzi A.-G., Dresden, Grösste Deutsche Cigarettenfabrik.

**Die sparsame
Hausfrau**

weiss, dass sie bei Zusatz von **Sch**
Scheuers Doppel-Ritter nur ein
billigere Kaffeesorte nötig hat, um trotzdem
einen wohlschmeckenden, der Gesundheit
zutraglichen Morgenfrank von schönster
goldbrauner Farbe herzustellen. :: ::

**Möbel, Spiegel,
Polsterwaren**

in eigener Werkstatt von nur besten
Materialien gefertigt.
Kein Abzahlungsgeheimnis
gewährt aber gern Vorkaufung.
Preise enorm billig.
Wälschgarankur 109 Pf.
Sesselstühle 18
Tramons mit mod. Stoffen 60
Sessel 60
Vertikale 45
Stühle mit Schmalen 35
Damen in gutem Stoff 36
Gestühle mit Rücken 36
Kleintisch mit hoher Lehne 4
Egyptische, Türken, Uhren,
Pianos, erffl. Fabrikat
und sämtl. and. Ausstattungsgegenstände nur bei
F. Pauer, Sandstr. 5.

Gehr. billige Möbel, Schränke,
Kammern, Vertikale, Bettstellen, Sofas,
Ausgestrich, Rückenbüffel, saubere
Federbetten z. verk. Friedrichstr. 66,
am Louiseplatz. 97

Pianos,
Flügel und
Harmoniums
grösste Auswahl,
jede Preislage,
Teilzahlung, Miete,
Reparaturen, Stimmen.
Georg Neumann
Breslau, Neue Graupenstr. 13.

**Bettfedern und
fertige Betten.**
Bettfedern
Bettstellen
Spez.: Brandstiftung.
Preisliste gratis und franko.
Julius Immergrün
Breslau, Gieselerstr. 16/17.

**Kaffee-
u. Tee-
Importhaus**

Heinr. Gewaltig
Zentrale:
Albrechtsstr. 5
und Füllalen.
Tee-Spezialitäten:
Mon. Congo p. Pfd. M. 1.00
Famil.-Tee „ „ 1.95
Souchong „ „ 2.15
„ „ 2.65
Feinst-Ceylon „ 3.10
Verkauf in 6107
1/5, 1/4, 1/2, 3/4 Pfd.-Pack.
Bei 3 Pfd. 5% Rabatt.

Der Kölner Peters-Prozess.

Köln, 7. Januar.

Den Vorsitz in der Verhandlung führte Amtsgerichtsrat Kuhl. Der Beklagte Redakteur Prügge war anwesend...

Darauf werden die Zeugen vorläufig entlassen. Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses ergreift Justizrat Sello das Wort zu einem Protest gegen die bisherige Art des Vorgehens...

Verteidiger Rechtsanwalt Fall: Nach dem Eröffnungsbeschluss ist der ganze Artikel beleidigend; für den ganzen Artikel will die Verteidigung den Beweis führen...

1. Dr. Peters hat den Mord zu Tode prägen lassen ohne Recht, bloß aus jenseitigen Motiven.

2. Auch die Hinrichtung der Jagodja ist auf geschlechtliche Begehrung zurückzuführen.

3. Dr. Peters ist sich seines Unrechts bewusst gewesen. Beweis dafür ist sein falscher Bericht an seinen Vorgesetzten, Freiherrn von Soben.

4. Eine ganze Reihe von Zeugen weiß, daß Dr. Peters sich gerührt hat, am Mordanschlag so zu verfahren zu sein, wie jeder Mörder.

5. Dr. Peters hatte in den Zuständen auf der Station und in der Umgebung bei den Mordanschlägen gar keine Veranlassung zu einem so rigorosen Vorgehen.

6. Als der englische Missionsbischof erklärt hatte: Mit diesem Mörder will ich nichts zu tun haben, den empfangen ich nicht, hat Dr. Peters ihm in zwei Briefen offensichtlich falsche Angaben gemacht, um sich zu entschuldigen...

7. Wenn erneut behauptet werden sollte, daß in den beiden ersten Untersuchungen die Unschuld des Dr. Peters dargetan worden ist, so beantragen wir die Ladung des Schriftstellers von Soben und anderer Zeugen, daß diese Untersuchungen richtig geführt worden sind, weil Kolonialdirektor Dr. Köpfer einem außerordentlichen Grade der Petersfreundlichkeit unterlag.

Dr. Peters: Ich habe jetzt in Deutschland acht Mal Veranlassung gehabt, wegen Beleidigung zu klagen. Wenn jeder Prozeß, den ich für den Rest meines Lebens führe, sich ausbilden soll zu einem Tribunal über mein ganzes Leben als Afrikanischer, Beamter und Kolonialist, so könnte ich davon Abstand nehmen, künftig wegen Beleidigung zu klagen...

Verteidiger Fall: Die Beweisaufnahme kam in keinem Punkte abgeschnitten werden. Es ist ein Unterschied, ob ich jemanden beleidigt habe, der ein tadelloser Ehrenmann ist, oder jemand, der sich irgend etwas hat zu schulden kommen lassen. Gouverneur a. D. Bennigsen erklärte, daß er die volle Verantwortung für den Artikel übernehme, und daß er die „Köln. Jg.“ erachtet habe, ihn als Verfasser zu nennen...

nie aus persönlichen Gründen bekämpft, sondern immer nur aus sachlichen Gründen. Er habe dem Dr. Peters und seinem Anhang Widerstand geleistet in der Überzeugung, daß er für die Kolonialpolitik und die ganze Reichspolitik ein Unheil sei und daß er sich nicht öffentlich betätigen dürfe.

In der Nachmittagsdigung teilte der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Kuhl, mit, daß er sich zur Vernehmung des als Zeugen geladenen, aber aus Gesundheitsrücksichten nicht erschienenen Freiherrn von Soben nach Stuttgart begeben werde. Nach Anhörung des Angeklagten von Bennigsen wurden die Disziplinarrteile gegen Dr. Peters verlesen. Daraus ging hervor, daß der Disziplinarrhof der Ansicht war, Dr. Peters habe sich durch die Hinrichtung Mabrutz eines Dienstvergehens schuldig gemacht...

Verteidiger Rechtsanwalt Fall bittet, die von ihm vorgeschlagenen Zeugen durch das Gericht direkt laden zu lassen. — Vorsitzender: Ja, vorausgesetzt, daß Sie für die Kosten aufkommen. — Justizrat Sello: Also die Gegenpartei hat es nicht nötig, einen Kosten voranschlag zu hinterlegen. — Vorsitzender: Nein, die Gegenpartei ist in ganz Köln als sehr zahlungsfähig bekannt. (Geheul.) Die weitere Verhandlung wird auf morgen, Mittwoch, 9 Uhr verlagert.

Das Verteilen von Boykott-Flugblättern ist kein grober Unfug!

Dieses Thema betrauten zwei Prozesse vor dem Kammergericht, von denen der eine, im Gegensatz zu dem merkwürdigen Urteil in Neumarkt, mit der Freisprechung der Angeklagten endete, während im zweiten vorläufig die Aufhebung der Verurteilung erzielt wurde. Im ersten handelte es sich um die Delegierten zum Preussischer Gewerkschaftskongress, im zweiten um Genossen aus Venrath bei Düsseldorf. Es wird uns darüber aus Berlin berichtet:

Schulz, Blank, Schmidt, Hähndorf und Schmel, die Mitglieder des Gewerkschaftskongresses in Preussischer, hatten unter den Mitgliedern der von ihnen vertretenen Gewerkschaften Flugblätter verbreitet, die ihnen den Besuch der einen Wirtschaft von Reichert nahelegten und zum Meiden der übrigen Lokale aufforderten. Das sollte nach dem Willen der Staatsanwaltschaft grober Unfug sein. Das Landgericht sprach jedoch die Angeklagten frei und führte aus: Die Absicht sei gewesen, den Wirten die Arbeiterlandschaft zu entziehen und sie so in ihrem Einkommen zu schmälern. Nach Verteilung der Blätter sei auch ein Rückgang des Verkehrs eingetreten. Beleidigung und Verunehrung der betroffenen Wirte sei mit der Handlung verbunden gewesen. Eine solche, durch Verbreitung von Flugblättern bewirkte Aufforderung zum Boykott sei an sich noch nicht strafbar. Wohl aber könne es strafbar sein als grober Unfug, wenn durch die Art und Weise der Verursachung oder durch die Art ihrer Veröffentlichung das Publikum in seiner Allgemeinheit unmittelbar belästigt werde, (weil Ihr was, Ihr Herren in Neumarkt?), und zwar dergestalt, daß in dieser Belästigung zugleich eine Verletzung oder Gefährdung des äußeren Bestandes der öffentlichen Ordnung zur Erscheinung komme. Die Belästigung oder Verunehrung müsse hiernach eine unmittelbare Wirkung der fraglichen Handlung sein und sich direkt gegen das Publikum richten. Nicht aber sei der Tatbestand des groben Unfugs schon dann gegeben, wenn die gefährdende Handlung sich zunächst auf einen ganz bestimmten Personenkreis erstreckt. Wollte man auch im vorliegenden Falle annehmen, daß die Verunehrung der Wirte auf andere (ihre Lieferanten usw.) weiterwirkte, so wäre das doch keine unmittelbare Wirkung der Flugblattverteilung, wie sie der Begriff des groben Unfugs erfordere, sondern eine mittelbare. Im übrigen sei nicht anzunehmen, daß die Handlung für sich allein geeignet gewesen wäre, den äußeren Bestand der öffentlichen Ordnung zu verletzen. Das Vorliegen groben Unfugs sei somit zu verneinen bei der hier in Betracht kommenden Handlung, die sich unmittelbar nur gegen einen

bestimmten Personenkreis richtete. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein, der Rechtsanwalt Theodor Liebknecht vor dem zweiten Strafsenat des Kammergerichts mit Rechtsaufführungen entgegnet. Gemäß seinem Antrage verwarf der Senat die Revision der Staatsanwaltschaft mit der Begründung, daß kein Rechtsstreit vorliege (hört Ihr, Ihr Herren in Neumarkt?). Entscheidend sei die Feststellung, daß unmittelbar nur die boykottierten Gastwirte belästigt oder verunehrt worden seien. Grober Unfug könnte aber nur in Frage kommen, wenn das Publikum in seiner Allgemeinheit unmittelbar durch die Boykottierung belästigt würde. Die Angeklagten seien mit Recht freigesprochen.

In der Venrath Sache lagen die Dinge insofern anders, als die angeklagten Arbeiter Hähndorf und Schmel den Sonntag tags die Boykottzettel, herausgegeben von der Lokallommission, auf der Straße an Passanten verteilt hatten. Es handelte sich um die Boykottierung zweier Gastwirtschaften. Die Angeklagten wurden vom Landgericht Düsseldorf wegen groben Unfugs und wegen Verletzung einer öffentlich bemerkbaren Arbeit am Sonntag (Verordnung über die äußere Heiligung der Sonntage und Feiertage) verurteilt. Das Düsseldorf Landgericht rechnete an sich mit dem Begriff des groben Unfugs, wie er im obigen Falle definiert worden ist, und führte dann aus: Die Verteilung der Boykottblätter sei geeignet gewesen, eine Verunehrung und Belästigung herbeizuführen, nicht bloß bei den boykottierten Wirten, sondern bei allen Gesellschaftskreisen, die von der Arbeiterlandschaft abhängig seien. Über auch die Möglichkeit einer Gefährdung des äußeren Bestandes der öffentlichen Ordnung rechnet die Verteidigung mit. Es läge die Möglichkeit nahe, daß von den Wirten abhängige Personen und auch gewisse Gäste zu offenem Widerstand gegen die Boykottierer und ihre Maßnahmen angezogen würden, und daß es so vielleicht zu Menschenansammlungen vor dem Lokal und zu Tätlichkeiten kommen könne. Es sei also auch die Gefährdung des äußeren Bestandes der öffentlichen Ordnung zu berücksichtigen und damit die weitere Voraussetzung des groben Unfugs gegeben.

Der erste Strafsenat des Kammergerichts, der in dieser Sache zu verhandeln hatte, gab am 6. Januar der Revision statt, hob die Vorentscheidung auf, und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Die Feststellungen reichen in Bezug auf groben Unfug nicht aus. Es sei nur die abstrakte (allgemeine) Möglichkeit einer Gefährdung des äußeren Bestandes der öffentlichen Ordnung festgestellt. Das genüge jedoch nicht. In der bestimmten Einzelfälle müsse der äußere Bestand der öffentlichen Ordnung gefährdet erscheinen. Das sei nachzuweisen.

Werden sich die Herren Richter in Neumarkt und anderswo nunmehr endlich zu einer anderen Auffassung bequemen?

Partei-Angelegenheiten.

Die nordamerikanischen Sozialdemokraten gegen die Einwanderungsresolution des Stuttgarter Kongresses.

Die National-Exekutive der Socialist Party hielt Sonntag und Montag in Chicago eine Sitzung ab, in der recht wichtige Beschlüsse gefaßt wurden. Mit Ausnahme des Genossen Morris Hillquit, New York, der durch anderweitige Verpflichtungen verhindert war, nahmen alle Mitglieder der Exekutive an der Beratung teil. Die Beschlüsse des Stuttgarter Internationalen Kongresses wurden ausgiebig diskutiert. Besonders war dies bei der Resolution zur Einwanderungsfrage der Fall. Die Parteiregulative war dazu der Ansicht, daß diese Resolution weder auf die amerikanischen Verhältnisse passe, noch für die Socialist Party verbindend wäre. Das wurde in folgender Resolution des Parteivorstandes festgelegt:

„Es ist die Ansicht des National-Exekutivkomitees, daß es stets das Prinzip der internationalen sozialistischen Bewegung gewesen sei, daß der Internationale Kongress kein Recht habe, die Taktik nationaler Parteiverbände zu bestimmen. Er ist besonders inkompetent, sich zur Einwanderungsfrage zu äußern, als die überwiegende Mehrheit der Delegierten Länder vertritt, die ein Einwanderungsproblem gar nicht kennen.“

Die „New-Yorker Volkszeitung“ bemerkt zu dieser Resolution: „Der Stuttgarter Beschluß ist also als unannehmbar

Aus aller Welt.

Weshalb der Mord in Allenstein geschah, Wie wir bereits nachgewiesen, handelt es sich bei dem Mord an einem Offiziers durch einen anderen um ein bishigen Scheitern, ein bishigen Mord und um ein Skandalchen in der kleinen Garnison an der Alle.

Aber das ist nicht das Prinzipielle an der Angelegenheit. Das Prinzipielle liegt viel tiefer. Wie tief es aber auch liegt: Die Blodmoralisten eines Münchener Blattes tauchen hinunter und wollen es zu heben.

Nämlich: Das prinzipielle Bedeutungsvollste, das Wichtigste an dem „Falle“ ist der Eindruck, den er in die gesellschaftlichen Verhältnisse gewährt, unter denen die Offiziere in abgelegenen, ein Minimum an Anregung bietenden kleinen Garnisonen zu leiden haben.

Stehende Münchener Neueste Nachrichten, Vorabendblatt Nr. 3 vom 3. Januar 1908, Seite 3, vierte Spalte. Die Moralisten der Neuesten sind ausgewählte Leute. Die vaterländische Pflicht ihres Urteils muß dem Gutgeleiteten jeden Tag auf neue ungeheure Dämme bereiten. Ruh den wahren national Verstand vor heulender Lust die Wand hinauf krabbeln lassen.

In Allenstein hat Herr von Goeben, hat Herr v. Schönebeck, hat Frau v. Schönebeck infolge der gesellschaftlichen Verhältnisse an einem Minimum von Anregung gelitten.

Deswegen hat Herr von Goeben der Frau von Schönebeck nächtliche Bettwischen gemacht. Eben damit aus seinem Minimum ein Maximum wurde.

Und damit die Leure nicht mehr leide. Deswegen hat Herr von Schönebeck allmählich gehorcht, ob Herr von Goeben der Frau Schönebeck auch die Zeit richtig vertreibt. Denn auf diese Art hat er das Minimum von Anregung in ein Maximum von Aufregung verwandelt.

Weil aber Herr von Goeben einjah, daß er an ein Minimum von Anregung gewöhnte Major auf die Dauer dem Maximum von Aufregung nicht gewachsen sein könnte, schob er ihn tot.

Und befreite ihn damit von allen Leiden. Das hatte wiederum sein Gutes. Denn Herr v. Goeben und Frau v. Schönebeck genossen von nun ab häufig die anregende Gesellschaft von Untersuchungsrichtern, Genannten, Reportern des Berliner Lokal-Anzeigers, Spezialkorrespondenten und Staatsanwälten.

Gatten also auch in Allenstein nicht mehr an, dem ge-

fährlichen Minimum und den gesellschaftlichen Verhältnissen zu leiden.

Wenn demnach oben bei uns von einem kleinen Morde unter Kameraden geredet wurde, so kann das nach den prinzipiellen Aufstellungen der „M. Neuesten“ nicht mehr anrecht erhalten werden.

Herr v. Schönebeck ist für das Vaterland gestorben. Und Frau v. Schönebeck und Herr v. Goeben haben für das Vaterland geliebt. Ohne ihr nationales Mischen hätte niemand etwas vom Minimum in Allenstein und von den gesellschaftlichen Leiden der kleinen Garnison erfahren.

Diese Armen! Wie sie es nur so lange ausgehalten haben, ohne ihr blutendes Minimum in die Welt hinauszuschleppen. Staunend schaut der Unberohnte auf so viel männliche Entschlossenheit, so viel Seelengröße, so viel charakterstarke Tapferkeit.

Ah, wie sie gelitten haben in Allenstein! Tapfere Bauernkinder zu Geldeshörnen erleben. Jahraus, jahrein. Manchmal Schwups im Kasino, bishigen Zeit, bishigen Knobeln um Alkohol, bishigen Tätcheln in Kette mit Damenbedienung. Dabei Weibergesellschaft in Allenstein Jägerheiden und mollene Unterhofen.

In der Tat: Wahnsinniges Minimum an Anregung in Folge gesellschaftlicher Verhältnisse kleiner Garnison.

Nein zum Hunderttausendsteigern! Nun, Herr von Goeben hat mit preussischer Selbstlosigkeit den Finger in die klaffende Wunde gelegt.

Wie die Königsberger „Darumgische Zeitung“ berichtet, hat Frau v. Schönebeck im Untersuchungsgefängnis einen Selbstmordversuch unternommen, indem sie sich an der Türklinke ihrer Zelle mittels einer Unterrockknur erhängen wollte. Der Selbstmordversuch wurde von Gefängnisaufsehern vereitelt.

Noch ein Aufschlitzer? In Magdeburg wurde an einem elfjährigen Mädchen im Eingang des alten Rathauses ein schweres Sittlichkeitsverbrechen verübt. Nach dem Ansehen des Kindes hat der gut gekleidete Verbrecher, wie man annimmt, ein Fernfahrer, es mit der Bitte, ihm einen Blumentopf zu tragen, dort hin gelockt, ihm den Mund zugehalten und ihm angeblich mit einem Messer einen Schnitt in den Unterleib beigebracht. Die Kleine will dann den weiten Weg in die elterliche Wohnung zurückgelegt haben, wo die himmelstrebende Mutter sie in einer Wutlage fand. Das Mädchen ist sofort ins Krankenhaus gebracht worden. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß die Verletzung auf andere Weise entstanden ist.

Folgen des Wettersturzes. Das plötzliche hereinbrochene Tauwetter bringt wieder eine große Anzahl betrübender Unfälle. In Berlin letzte Woche ein dicker Schneeeisen, der infolge der

herrschenden Kälte in kurzer Zeit zu Glatteis gefror und an vielen Stellen der Stadt den Verkehr außerordentlich erschwerte. Namentlich die Hochbahn hatte unter dem Glatteis empfindlich zu leiden. Das Eis, das sich an den Rädern und Schienen ansetzte, isolierte die elektrisch betriebenen Wagen und legte die Motoren außer Tätigkeit. In einzelnen Fällen bildeten sich dabei dicke Dampf- wolken oder es schossen hohe Feuersäulen unter den Wagen hervor, so daß das teilende Publikum sich wiederholt in Lebensgefahr glaubte. Gegen 11 Uhr nahm die Störung einen derartigen Umfang an, daß der Betrieb ganz eingestellt werden mußte. Auch der Verkehr auf der Berliner Stadtbahn wickelte sich in den letzten Abendstunden infolge des Glatteises teilweise unregelmäßig ab. 192 Personen sind an diesem Abend bei dem Glatteis in Berlin zu Schaden gekommen und mehr oder weniger schwer verletzt worden.

Kampf gegen den Alkohol in Kommunalbetrieben. In vorbildlicher Weise hat die Stadt Elberfeld in ihrer Gaskanal den Kampf gegen den Teufel Alkohol aufgenommen. Sie schaffte einen Selterswasserapparat mit 600 Angulerschlußflaschen à 1/2 Liter für 450 Mk. an und verkaufte nun an ihre 140 Arbeiter 1/2 Liter Selters für 1 Pf. 1/2 Liter Himbeer- oder Zitronenlimonade für 3 Pf. Die Folge dieser Maßnahmen war, daß der Konsum an Bier, der vom 1. September bis 31. Dezember 1904 28,670 Flaschen, also pro Arbeiter täglich zwei Flaschen für zusammen 21 Pf. betragen hatte, in derselben Zeit des Jahres 1905, nach Einführung der alkoholfreien Getränke, auf die Hälfte, nämlich auf 14,640 im ganzen oder 1,1 Flasche pro Tag und Arbeiter zurückgegangen war. Daneben wurden aber 13,595 Flaschen Selterswasser-Limonade à 3 Pf. und 5920 Flaschen à 1 Pf. verkonsumiert, also pro Tag und Arbeiter eine Flasche Limonade und alle zwei Tage eine Flasche Selters. Die Gesamtanzahl der Getränke hellten sich in der ersten Periode auf 3070 Mk. oder 21 Pf. pro Tag und Arbeiter, in der zweiten auf 2035 Mk. oder 14 Pf. pro Tag und Arbeiter.

Ein Sozialist auf der Kanzel. Ein 2. Jännerlicher Sozialist ereignete sich, wie uns geschrieben wird, in der Kathedrale zu Manchester während des Frühgottesdienstes am ersten Weihnachtstag. Man hatte gerade die Weihnachtshymne, Christen erwacht, grüßt den frohen Morgen“ gesungen, als ein Mann mit einer roten Krawatte die Kanzel bestieg. Es war der Führer der Arbeitslosen von Manchester, Edward Grey. Sichbar erregt redete er folgenlos in der Menge: „Ich verheiß Euch nicht, wie Ihr solche Hymnen singt, denn wo Christus in der Stadt am Berle...“ er sind. Ich protestiere dagegen, daß die Geburt Christi gefeiert wird, wo es soviel arme Leute in der Welt gibt, denen nicht geholfen wird. Dies ist Blasphemie, und ich protestiere im Namen Gottes dagegen.“ Weiter kam der Genosse nicht, denn schon kamen die Schergen und wiesen ihn aus dem Tempel Gottes hinaus, wo man lau-

zurückgewiesen. Bleibt also noch die Entscheidung des nationalen Kongresses und des Referendum-Votums, die unserer Ueberzeugung nach beide in derselben Richtung erfolgen werden. Und zwar wurde dieser Abweisung zugleich die Erwägung angehängt, daß es ein Unbilden sei, wenn die auf dem Internationalen Kongress vertretenen Länder der Bruderpartei eines einzelnen Bombes Vorschriften machen wollen, wie dieses in einer tatsächlichen Frage, die (praktisch) nur dieses Land angehe und nur von diesem gewirkt werden könne, zu handeln habe. Es ist dabei natürlich ganz gleichgültig, ob man dieses Gebot in Worten hülle, welche den Beschluß als allgemein gültig erscheinen lassen. Während er doch tatsächlich auf einen ganz bestimmten Fall und auf ein ganz bestimmtes Land gerichtet ist. Denn jeder unserer Genossen weiß, daß der Stuttgarter Beschluß sich im Wesentlichen gegen Amerika richtet und auf die chinesisch-japanische Einwanderung Bezug hat.

Es bleibt also nur noch übrig — obgleich wir uns damit selbst ein Kompliment machen — unsere Genugtuung darüber auszudrücken, daß die „N.-N.“-Vollzeitung, das „Philanthropia“-Lageblatt, die „Wahrheit“, der „Social Democratic Herald“ und andere sozialistische Blätter sofort, rechtzeitig gegen den Stuttgarter Beschluß protestiert und diesen Protest in der Hauptsache in derselben Weise begründet haben, wie jetzt seitens der National-Exekutive geschieht. Der vom National-Sekretär Barnes erstattete Bericht zeigte von einem höchst erfreulichen Wachstum der Partei, sowie von einem allortorts sich immer stärker bemerkbar machenden Interesse innerhalb der Partei für eine energische und durchgreifende Agitation zur „Präsidentenschafts-Kampagne“.

Wahlrechtsdemonstration in Sachsen-Mittelelbe. Am 18. und 19. Januar werden im ganzen Herzogtum von den Parteiorganisationen und Gewerkschaftskomitees gemeinsam einberufene Massenversammlungen abgehalten, die den Kampf um die Realisierung des Vierklassenwahlrechtes zum Landtage vorbereiten und gegen das geplante neue Reichsvereinsgesetz protestieren werden.

In dem sozialdemokratischen Landtagswahlkreis in Schwabach in Bayern schreibt der „Vorwärts“: Der Arbeiterkandidat H. (Soz.) wurde mit 200 Stimmen gewählt. Diese von erfreulichem Fortschritt zeugnende Mandatsübernahme bringt die sozialdemokratische Fraktion der bayerischen Kammer auf 21 Mann. Bei den Landtagswahlen im Juni vorigen Jahres fiel der Kreis dem liberalen Block zu, der 2725 Stimmen aufbrachte, während 1912 für den Sozialdemokraten und 2154 für den Konservativen fielen. Stichwahlen finden nicht statt, die relative Mehrheit entscheidet. Der liberale Abgeordnete hatte bald nach Beginn der Landtagsarbeiten sein Mandat niedergelegt, so daß die Nachwahl erforderlich wurde, die der Sozialdemokratie wieder einmal Gelegenheit gab zu zeigen, daß es mit dem Niederreiten gute Wege hat.

Eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten hat am Sonntag der Genosse Medaieur Thiele vom „Halleischen Volksblatt“ angetreten. Die Strafe hat er sich durch eine Ergreifung im „Volkskalender“ über die Verirrung eines Pflanzers in einem Fremdenbade ausgezogen. Durch die satirische Arbeit sollten nicht weniger als die ganze Pflanzerei der Provinz Sachsen beleidigt worden sein. Der scharfe Feindwind, der in Halle a. S. weht, bringt es mit sich, daß fast permanent ein Mitglied der Redaktion im Gefängnis weilte. Vor Weihnachten verließ Genosse Thiele die unpasslichen Hallen und schon wieder sind ihm wie auch dem Genossen Leopoldt mehrere Monate zugebracht worden. Auch gegen den Genossen Thiele schwebt noch ein weiterer Beleidigungsprozess.

Verzehr deutscher Arbeiter in Prag. Reisende Genossen werden nach oder durch Prag führt, werden eingeladen, das Herrschaftliche, Heltnergasse 19, I. Stock, zu besuchen, das täglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr, an Sonntagen von 10 bis 12 Uhr Vormittags geöffnet ist. Der „Vorwärts“ und die österreichischen Parteiblätter liegen auf. Bereitwillig werden Auskünfte über Prager Arbeitsverhältnisse erteilt.

Arbeiterbewegung.

Geuchler.

Die brutalste Scharfmacherei, die von den Unternehmern des Baugewerbes und der Holzindustrie betrieben wird, um den Arbeitern der beteiligten Gewerbe einen einseitigen ungünstigen Lohnvertrag für ganz Deutschland aufzuzwingen, suchen die Ober-Scharfmacher noch einen Ausfluß ihrer Freundschaft des sozialen Friedens hinzustellen. Sie lügen die Deffentlichkeit in folgender Weise ganz insam an und werden in diesem Bestreben durch einen Teil der bürgerlichen Presse selbstverständlich unterstützt. So schrieb kürzlich die „Sächsische Zeitung“: „Um der Tarifvertragsidee im Interesse des sozialen Friedens eine weitere kräftige Stütze zu geben, hat der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe vor kurzem die

Einführung eines Normalvertrags beschlossen. Durch dieses Entschließen, das selbstverständlich der Berücksichtigung lokaler Wünsche bester Raum läßt, soll lediglich der Herpes in der Vertretung der grundsätzlichen Bestimmungen vorgegeben werden und im wohlverstandenen Interesse beider Arbeitparteien, der Arbeitgeberseite und der Arbeitnehmer, die Einseitigkeit der baugewerblichen Tarifverträge gefördert werden. Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe kommt mit diesem Vertragsmuster den Wünschen der Arbeitnehmervereinigungen entgegen. Damit ist zugleich ausgesprochen, daß den Arbeitgebern keine aggressive Gedenke fernliegt; das Baugewerbe kann wie jedes andere nur gedeihen unter den Bedingungen des Friedens, unter dem einträchtigen Zusammenarbeiten aller in ihm tätigen Arbeitsfaktoren. So haben auch die Arbeitgeber das größte Interesse an der Stabilität der Verhältnisse, und es ist absolut unzutreffend, in der Tatsache, daß in einzelnen Städten die zurzeit bestehenden Tarifverträge von den Arbeitgebern gekündigt worden sind, das Signal einer allgemeinen Aussperrung zu sehen. Die Kündigung der Verträge hat durchaus nichts Auffälliges an sich, denn so lange Tarifgemeinschaften bestehen, sind in ihnen natürlich auch Kündigungsgründe vorzulegen, von denen bald die eine, bald die andere Partei Gebrauch macht. Nichts aber wäre verkehrter, als daran den Schluß auf Streiks oder Aussperrung zu knüpfen.“

Wenn man aber glaubt, mit diesem Nachwort die organisierte Arbeiterschaft täuschen zu können, so befindet man sich dabei auf dem Holzwege. So nativ ist die Arbeiterschaft nicht mehr und mit solchen Mitteln läßt sie sich nicht einzulullen.

Gegen die Einigung. Der Verein der Zimmerer von Berlin und Umgegend lehnte in seiner letzten Versammlung die Verschmelzung mit dem Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands gegen die Beschlüsse der Delegiertenkonferenz, die sich bekanntlich für die Einigung erklärte, ab. Ein Antrag auf Ausschluss derjenigen Mitglieder, welche für die Einigung stimmten, wurde mit knapper Majorität abgelehnt. Die Ablehnung des Beschlusses auf Verschmelzung ist angesichts der bevorstehenden Kämpfe im Baugewerbe eine sehr hebenwürdige.

Das Ende des Kampfes in der Textilindustrie am Niederrhein. Der Streit der Krefelder Seidenweber ist beendet. Die Com- und Wollfabrikanten hatten in ihrer Generalversammlung beschlossen, ihre Arbeiter vom 13. Januar ab auszusperrn, falls die Seidenweber bis zum 11. Januar die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben. Dazu ist es nun nicht gekommen. Die Arbeiterausschüsse haben gestern beschlossen, den Streikenden die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen. Die Arbeiter selbst haben sich kurz in geheimer Abstimmung mit 206 gegen 749 Stimmen für die Wiederaufnahme entschieden und sind die Seidenweber Dienstag früh in der Tat fast überall zur Arbeit erschienen.

Ein Metallarbeiterstreik. Die im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Arbeiter der Berliner Motowagenfabrik in Reinickendorf sind wegen Differenzen mit der Direktion in den Ausstand getreten. Der Metallarbeiterverband hat über die Firma die Sperre verhängt.

Neue Organisation. Die Reitman- und Druckmaschinenhändler Berlins haben sich zwecks Wahrnehmung ihrer Interessen zu einem Berufsverein zusammengeschlossen.

Abstammung, Fischer. In der Schmied- und Schweißwerkfabrik von Uhlmann in Gera ist am Sonntagabend wegen Aufzählung eines Arbeiters ein Streik ausgebrochen. Sämtliche Beschäftigte sind organisiert.

Verbrüderung von Schwarz und Weiß. In New-York sind 86 farbige Zimmerleute, die bisher eine Organisation für sich bildeten, in der Gewerkschaft der Zimmerleute aufgenommen worden. Es ist dies das erste Mal in New-York, daß Neger in den Trade Unions der Vereinigten Staaten aufgenommen werden.

Stadtbekanntmachung-Vorsteher Bohausen: „Ich entgehe dem Wort. Dasselbe werde ich schon bei der Gelegenheit ausbringen, das Sache des Vorstehers.“

Hierauf bringt Stadtbekanntmachung-Vorsteher Bohausen dem Kaiser einen Loos aus, in dem er unter anderem sagt, daß er im Namen der Versammlung wünsche, die Entscheidungssache möge recht bald eine glückliche Abklärung finden. Schönberg möge bald in Groß-Berlin aufgeben. Stadtbekanntmachung-Vorsteher Gottschalk (liberal): „Der Stadtbekanntmachung-Vorsteher hat gewünscht, daß Schönberg bald in Berlin aufgeben möge. Ich protestiere energisch dagegen, daß der Vorsteher seinen Privatwunsch im Namen der ganzen Versammlung äußert. Wir wollen nicht in Berlin aufgeben, sondern unsere Selbstständigkeit bewahren.“

Stadtbekanntmachung-Vorsteher Bohausen: „Ich lasse keine Kritik gefallen.“ Stadtbekanntmachung-Vorsteher Wandmann, der, soeben zum Beifall gewählt, am Vorstandstische Platz genommen hatte, rufft zu den Liberalen gewendet, in den Saal: „Unverschämtheit! Stadtbekanntmachung-Vorsteher Bohausen: „Ich protestiere gegen die Geschäftsführung des Vorstehers, er hat keine Ahnung.“ Stadtbekanntmachung-Vorsteher Bohausen (erregt zum Stadtbekanntmachung-Vorsteher Bohausen gewendet): „Ich rufe Sie zum zweiten Mal zur Ordnung. Die Stadtbekanntmachung gibt das Recht, Mitglieder der Stadtbekanntmachung-Versammlung, die sich nicht benehmen, an die Luft zu setzen. Ich werde davon Gebrauch machen.“

Nach diesen Worten entsteht ein ungeheurer Lärm. Die Liberalen und die Sozialdemokraten springen von ihren Plätzen und wollen das Wort haben; die Versammlung trampelt mit den Füßen, es wird mit den Fäusten auf die Tische geschlagen, Reaktionen: „Raus mit diesem Vorsteher“, „Wachmeister“, „Runter vom Vorstandstisch“, „Standfuß“, „Wühlbeutel“.

Stadtbekanntmachung-Vorsteher Wandmann: „Die Stadtbekanntmachung gibt dem Vorsteher nicht das Recht, Mitglieder an die Luft zu setzen. Der Vorsteher hat mit Ruhe und Anstand seines Amtes zu walten.“ (Bravo!)

Stadtbekanntmachung-Vorsteher Gottschalk: „Es ist also nachgewiesen, daß der Vorsteher einen großen Uebertritt in der Sache und in der Form sich hat zu schulden kommen lassen und ich erwarte, daß er Abbitte leistet.“ (Andauern des Lärm.)

Stadtbekanntmachung-Vorsteher v. Glasenapp: „Nachgerechter Herr Vorsteher! Ich weiß, wie schwer Ihnen die Annahme des Amtes geworden ist. Ich möchte Ihnen unser volles Vertrauen aussprechen. Gehen Sie so fort, die Würde der Versammlung zu wahren.“ (Großes Gelächter.)

Stadtbekanntmachung-Vorsteher Gottschalk rufft: „Das ist nun ein Jurist!“

Stadtbekanntmachung-Vorsteher Wandmann will reden, ohne sich zum Worte gewendet zu haben. Als er einige Worte gesprochen, entsteht große Unruhe. Stadtbekanntmachung-Vorsteher rufft: „So was gibt's nicht, alles über den Haufen zu werfen.“

Stadtbekanntmachung-Vorsteher Oesterreich: „Wie parteiisch der Vorsteher ist, sehen Sie, seinen Parteigenossen läßt er reden ohne Vormerkung.“

Stadtbekanntmachung-Vorsteher Wandmann: „Wir wollen nicht, daß der Vorsteher sich etwas anmaßt, was ihm nicht zukommt.“

Stadtbekanntmachung-Vorsteher Oesterreich: „Meine Herren! Sehen Sie sich einmal die Bureauwahl an! Wir sind in die Ecke getrieben. Ich konstatiere, daß diese Wahl, ohne die liberale Fraktion, die zweitstärkste Partei, zu berücksichtigen, nur im Parteinteresse geschehen ist. Das darf in einer Stadtbekanntmachung nicht vorkommen. Wir werden Ihnen aber in kurzer Zeit den Fuß in den Nacken setzen.“

Stadtbekanntmachung-Vorsteher Mollenhuth: „Der Vorsteher hat unwahre Tatsachen behauptet; er sagt, er hätte das Recht, ein Mitglied an die Luft zu setzen; dies steht in keinem Gesetz. Die Tätigkeit dieses Vorstehers ist ein ganz netter Anfang.“

Es blies die Götter nach Aßen tragen, wenn wir zu diesem niedlichen liberalen Satirspiel noch ein Wort hinzufügen wollten.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 8. Januar.

Geschichtskalender.

9. Januar.

- 1823 Chirurg Friedrich Eschsch *
- 1873 Napoleon I.
- 1905 Louis Michel †
- 1907 Aetna-Ausbruch.

* Der erste Vortrag aus dem Ausfluß über Parteigeschichte, den der Bildungsausschuß für die Breslauer Arbeiterkammer arrangierte, überraschte die Teilnehmer schon äußerlich durch den starken Besuch, dessen er sich erfreute. Eine Reihe von Gewerkschaften, darunter die Holz-

Liberalen, die sich um ein Kaiserhoch balgen.

In der Stadtbekanntmachung-Versammlung zu Schönberg bei Berlin, kam es am Dienstag in vorgerückter Abendstunde zu tumultuarien Szenen.

Nachdem Stadtbekanntmachung-Vorsteher Feinbacher (liberal) die Wahl als Beiführer abgelehnt und diese Wahl als „Lustig“ bezeichnet hatte, rief Stadtbekanntmachung-Vorsteher Dr. Bohberg (liberal) „Komödie“ und erhielt für diese Aeußerung einen Ordnungsruf. Der weitere Verlauf der Versammlung spielte sich dann in folgenden dramatischen Szenen ab:

Das Wort erbat sich Stadtbekanntmachung-Vorsteher Jöbel (liberal): Er führte aus: „So lange die Stadtbekanntmachung-Versammlung besteht, ist es ein schöner Brauch gewesen, bei Beginn der ersten Sitzung eines neuen Jahres diejenigen

Wahrheit hören darf! — In Deutschland würde der kühne Redner für diese Rede an Monate ins Loch gesteckt werden.“

Ein Silbersturm in Ostböhmen. Man schreibt der „Frankfurter Zeitung“ aus Mailand vom 2. d. Mts.: Eine kleine Gesellschaft, in der sich auch eine Dame befand, unternahm in der Silbersturmzeit unter der Führung der beiden Luftschiffer Anelli und Crespi einen Ausflug im Ballon „Milano“. Kurz nach 12 Uhr erhob sich das Luftschiff; die Richter der reichlich besetzten Stadt wurden kleiner und kleiner, bis sie die kleine Punkte erschienen und die beiden Reichen Letzteren in den Straßen sich zu einem feinen Band verschmolzen. Zu den Aufsteigenden dringt das Rufen und das Singen der Leute auf den Straßen jowäher und jowäher empor. Schließlich unterscheiden sie aus dem allgemeinen Geklämmer nur noch verängstetes Hundebell. Ja der Höhe vernahmen ihre Ohren dann nur den Ton der auf die Nebelhülle fallenden Regentropfen. Der Gang des Luftschiffes ist sehr unregelmäßig, bald ist es 400 bis 500 Meter hoch, dann wieder nähert es sich dem Erdboden bis auf 100 Meter. Das Auswerfen von Ballast erwies sich als nutzlos, schließlich muß das Gesäß an irgend einer Stelle ankommen. Plötzlich hören die Luftschiffer einen Chor Stimmen unmittelbar unter sich, eine Schaar rüpelhafter Burgen mit Flügel und Drohungen gegen den Ballon und seine friedlichen Insassen aus. Dann haben die Burgen das auf dem Boden schliefende Seil zu fassen und den Ballon herabzugreifen. Plötzlich ertönen Schüsse: Die Rüpel betätigen auf diese Weise ihre roten Jagdmittel, da es ihnen nicht gelingt, den Ballon zu fassen. Um sich den Verfolgungen zu entziehen, läßt die Luftschiffer ihre Richter aus, öffnen noch zwei Sätze Ballast und steigen jähnell empor. Dann setzen sie in der Höhe mit Champagner den Anbruch des neuen Jahres. Wieder wird der Gang des Luftschiffes unregelmäßig, es wird von Ost nach West und umgekehrt hin und hergeworfen und fällt fortwährend. Trotzdem die Luftschiffer rings umher weiter nichts als Finsternisse sehen, beschließen sie zu landen. Unter großen Schwierigkeiten gelingt ihnen dies Manöver, sie befehlen das Seil an einer Weide und fassen mit dem Kopf Boden. Sie befinden sich an einem gar traurigen Orte, inmitten eines unregelmäßigen, von tiefen Gräben durchzogenen Reisfeldes, und nirgends ist in der Umgebung ein Licht zu sehen. Es ist erst 2 Uhr Nachts; notgedrungen beschließen sie, vorläufig zu bleiben; der Kopf des Luftschiffes wird in ein kleines Lager umgewandelt, das jedoch nicht vor dem Eindringen des Regens schützt. Es ist unmöglich, bei der Dunkelheit und Kälte die Zeit mit Schätzen zu verbringen. Da erhalten die armen Abenteurer unerwarteten Besuch. Drei gütige Bauern kommen und erzählen ihnen, daß sie sich bei Locate Priuli 15 Kilometer südlich von Mailand befinden, daß ein Bauernebel zwar nicht fern ist, daß sie aber

selbst drei Mal bei dem Mangel an Wegen in einen tiefen Graben gefallen sind, bis sie zu dem Ballon gelangten. Das ermutigte die Luftschiffer nicht, den Bauernebel aufzusuchen; sie verbrachten die ganze Nacht in ihrem feuchten Lager, nahmen dort ihr kaltes Silbersturm ein und hörten und sahen nichts, als ab und zu einen vorbeiziehenden Eselwaggon. Als nach unendlichen Warten schließlich der Morgen graute, suchten sie den Bauernebel auf, wo sie freundliche Aufnahme fanden und sich nach und nach wärmten konnten. Eine Untersuchung des Luftballons ergab, daß ein kleines Stückchen Kohle, das wahrscheinlich beim Füllen des Gases hineingekommen war, das vollkommene Schließen der Ventilklappe verhindert hatte. Mit der Eselbahn kehrten die unglücklichen Silbersturm-Luftschiffer schließlich nach Mailand zurück.

Todes-Anzeige eines „liberalen“ Blattes. Eine sonderbare Todes-Anzeige enthält die letzte Nummer der seit dem 1. April 1907 in Göttingen erscheinenden Thüringer Freien Presse, ein „liberales“ Parteiblätchen. In schwarz unrahmter und mit Kreuz und Palmwedel geschmückter Anzeige heißt es:

„Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß mit dieser Nummer die

Thüringer Freie Presse ihr Dasein beendet hat; tiefbetrübt von einem leeren Gelbbettel und sonstigen weltlichen Inventar, verlassen von allen demjenigen, welche seinerzeit die Dargungsbedeute mit großer Begeisterung ins Leben riefen.

Göttingen, den 31. Dezember 1907.

Alle ehemaligen Gründer sind zur Gedächtnisfeier, welche an einem unbekanntem Tage stattfinden wird, hierdurch höflich eingeladen. „Raus war die Freude — lang ist der Schmerz!“

Es bewahrt ihr ein unvergessliches Andenken — Die Redaktion sel. Andenkens.

Strampfenden verboten.

Ein Arzt auf der schiefen Ebene. Ein abenteuerliches Leben hat der aus Dresden gebürtige praktische Arzt Dr. med. P. hinter sich, der kürzlich auf Antrag der deutschen Behörden in London verhaftet wurde und an Bord des Dampfers „Petrus“ in Hamburg eingetroffen ist. Der jetzt im 29. Lebensjahre stehende Dr. P. der ebenfalls ein geachteter Arzt war, hatte sich auf Begehren an Land zu kommen lassen, das ihn zwang, seine Praxis aufzugeben. Er begab sich dann zu Verwandten nach München, die ihn in einem ihrer Zweiggeschäfte eine Stellung als Kommissar überwiegen. Er begab dort große Unzufriedenheiten und ergriff die Flucht; er wandte sich zunächst nach Karlsruhe, wo er schließlich in einem Punkt als Berliner angenommen wurde. Aber auch dort war keineswegs nicht lange, da inzwischen ein Staatschef hinter ihm erlag.

worden war. Er stahl einem Gaste aus dem Zimmer einen wertvollen Brillantschmuck und flüchtete abermals. Die Recherchen ergaben, daß er sich in England verborgen hielt. Auf Ersuchen des dortigen deutschen Konsuls wurde er ausfindig gemacht und verhaftet.

Kleine Chronik. Mit schwerem Schneesturm ist in ganz Nord- und Westdeutschland plötzlich Tauwetter eingetreten. Auf der Unterelbe herrscht kalter Eisgang, durch den mehrere Schiffe bedeutende Schäden erlitten haben. Andere Schiffe sind in den Eismassen festgelaufen und mußten durch Eisbrecher befreit werden. — Mit dem Tode eines Ehepaares endete in Berlin eine Familien-tragödie, die sich im Osten der Stadt abspielte. In der Voigtstraße 18 wurde die 40 Jahre alte, von ihrem Gatten getrennt lebende Ehefrau Pauline Fried von ihrem gleichaltrigen Manne, dem Tischler Rudolf Fried erschossen. Nach Verhörung der Tat übte sich F. selbst durch einen wohlgezielten Schuß. Familienmitglieder haben den Anlaß an dem Drama gegeben. — Im Stettiner Vorort Bobeck vergiftete sich durch Morphium der sehr geschätzte Arzt Dr. Wenz wegen eines unglücklichen Liebesverhältnisses an einer Frau. — Die Straßammer Frankfurt am Main verurteilte den 49jährigen verheirateten Mechaniker Reinhold Karl, der sich an sechs kleinen Mädchen vergangen hatte, zu zwei Jahren Gefängnis. — In Hünfeld bei Gersfeld erlag der Landwirt Mayer seinem 37jährigen Vater mit einer Art und erlangte sich alsdann. Die Ursache ist Familienverfall. — Der siebenjährige Sohn des Wagenbauers Danke in Gelsenkirchen, der vom farbigen Säckelgeilen, die am Weihnachtsabend umgingen, gegessen hatte, starb zwei Stunden nach dem Genuß der Ruderlachen. — Unter dem Verdacht der Brandstiftung wurde der Kaufmann Hugo Geller in Oberfeld, in dessen Laden Feuer ausbrach, bei dem drei Mitglieder der Familie Geller erschienen, verhaftet. — Einem Telegramm aus Siegen zufolge kam es in Kreuzthal zu einem Zusammenstoß zwischen der Polizei und Kroaten. Von den Kroaten wurde einer, der die Beamten durch Messerschläge verletzete, niedergeschossen. — Eine auf dem Tempelhofer Felde gefundene Leiche ist die der Prostituierten Blätter. Die Leiche trug einen Knobel im Wunde und war über und über mit Blut bedeckt. Sie ist offenbar erwürgt worden. Der Berliner Polizeipräsident hat eine Vernehmung von 1000 Wf. auf die Ermittelung des Täters angeordnet. — In Kiel wurde die Frau eines Malers in ihrer Wohnung verbrannt aufgefunden. Man vermutete zunächst einen Unglücksfall. Die nähere Untersuchung ergab aber, daß allen Anzeichen nach Raubmord vorliegt. Ein angereicherter Mann, den die Frau als Mieter aufgenommen hatte, hat sie augenscheinlich mit Petroleum übergossen und dieses angezündet. Es sind anherbernd 70 Mark geraubt. Der mutmaßliche Täter ist flüchtig. — In Trier ist ein Kleiderhändler nebst Frau und Kind an Leuchtgas erstickt aufgefunden worden.

Arbeiter, Schuhmacher, Zimmerer, Schiffsbauer, Gutmacher und Maurer, waren dem Beispiel des Metallarbeiterverbandes gefolgt und hatten ihre Vertrauensleute mit Karten ausgerüstet, um ihnen ohne allzugroße Opfer eine Gelegenheit zur weiteren Ausbildung zu geben. Dieser Umstand hatte zur Folge, daß mit den Funktionären der politischen Partei wohl 500—600 Arbeiter den Saal füllten, für einen Breslauer Vortragskursus gemäß einer städtischen Zahl.

In seiner Einführung wies Genosse Löbe darauf hin, daß durch diese Vortragskurse jene Lücken ausgefüllt werden sollen, welche durch die stark anwachsende Kleinarbeit in unseren Organisationen bei den Besten unserer Anhänger sich gebildet haben, weil sie nicht mehr die Zeit fanden, sich mit geschichtlichen und parteitheoretischen Fragen eingehender zu beschäftigen. Er dankte den Gewerkschaften für die Rücksichtnahme und die Unterstützung des Kurses und gab der Hoffnung Ausdruck, daß wir in einem oder zwei Jahren die Möglichkeit haben möchten, einen Kursus über die Theorie des Sozialismus abzuhalten.

Genosse Max Maurenbrecher, der hierauf das Wort nahm, zeichnet zuerst in großen Zügen die politische Situation in Preußen und Europa in dem Jahrzehnt von 1850—60, die Strömungen im Kleinbürgertum und in der Bourgeoisie, die eine Arbeiterbewegung hervorgerufen mußten. Marx' und Lassalles Hoffnung auf eine neue deutsche Revolution, in welcher die Arbeiterklasse den linken Flügel der Demokratie bilden werde, dann die Wünsche, welche sich an äußere Erschütterungen (Krimkrieg, Österreichischer und italienischer Krieg) hefteten, und schließlich die Erwartungen, die sie an das Aufsteigen der radikalen Fortschrittspartei knüpften, fanden eine eingehende Besprechung.

Seiner Versuche, die Fortschrittspartei vorwärts zu stoßen, gipfeln in seinen beiden Vorträgen über Verfassungswesen, die dem Bürgertum beweisen sollen, daß es sich in seinem Konflikt mit der Regierung um keine kleinliche Rechtsfrage, sondern um eine Machfrage ersten Ranges handelt. Als der letzte Versuch Lassalles, das Bürgertum davon zu überzeugen und zur Erweckung der unteren Volksklasse zu treiben, scheitert, beginnt die Gründung einer eigenen selbstständigen, isolierten Arbeiterpartei, mit deren Geschichte die nächsten Vorträge sich befassen sollen.

Die klare und volkstümliche, dabei aber überaus fesselnde Art, in welcher der Redner seine Aufgabe meisterte, hielt die Aufmerksamkeit jedes einzelnen der Hörer bis zur letzten Minute wach. Es ist kein Zweifel, daß die Anwesenden für die kommenden Abende noch eine Anzahl weiterer Hörer zu dieser wohlgeleiteten und wirklich belehrenden Vorträgen mitbringen werden. Leider muß jedoch wegen der viel Kräfte erfordernden Wahlrechtsbewegung der zweite Vortragsabend von Freitag dieser Woche auf Dienstag, den 14. ten Januar, verlegt werden. Die Vorträge beginnen immer um 8 Uhr Abends.

*** Die Bouffade der konservativen Blockbrecher mit dem Zentrum,** die schon aus dem Anfang der hahn'schen Rede hervorleuchtete — siehe geistige Nummer —, nahm in den Verhandlungen der schlesischen Landwirtschaftler zeitweise den Charakter einer wahren Liebesraserei an. Der Generalsekretär der Ueber-Agrarier fuhr in seinem Liebeswerben folgendermaßen fort:

Wir bedauern es lebhaft, daß eine nationale Partei, die so lange treu und erfolgreich an den nationalen Aufgaben mitgearbeitet hat, durch die politischen Verhältnisse in die Reihen der Opposition gedrängt worden ist, und wir hoffen und wünschen es dringend, daß das Zentrum sich wieder auf den vorigen Boden zu gemeinsamer Mitarbeit zusammenschließen möchte (Bravo!), denn national ist das Zentrum. (Man denke an die Kaiserrede Bismarck's, D. Red.) Wir bedauern es lebhaft, daß eine Partei, die sich so viel nationale Empfinden vorfindet, wie das Zentrum, sich in Oppositionstellung erheben hat. Wenn ich mir hier erlauben darf, dem Zentrum einen Rat zu geben, so ist es der, daß es trotz der Opposition in nationalen Fragen auch ferner nicht verzagen möchte. Um so eher werden dann die Differenzen verschwinden, und um so eher wird das Zentrum wieder Gelegenheit finden, seine Anstrengungen durchzuführen. Wir sind uns bewußt, daß wir mit dem Zentrum zusammenarbeiten müssen, denn verschiedene Fragen harren der Lösung, wo wir auf verständnisvolle Mitarbeit der Zentrumspartei angewiesen sind. Ich erinnere nur an den Post auf Milch und Rahm, an die genannte Forderung der Weizen, an das neue Weinsteuergesetz, an die Revision des Börsengesetzes, an die Neuordnung des Privilegs der Reichsbank und wie deren Umlaufmittel zu vermehren sind. In allen diesen Fragen müssen wir mit dem Zentrum zusammenarbeiten, wie wir es lange Jahre hindurch getan haben. Wir müssen es aus nationalen Gründen tun (Bravo!), weil unser Volk sich nur wohl befinden kann, wenn die vorhin erwähnten Forderungen durchgesetzt werden. (Lebhafte Beifälle.) Aber das kann nicht geschehen ohne Mitarbeit des Zentrums: darum wollen wir die alten Bündnisse mit dem Zentrum bei den nächsten Wahlen aufrecht erhalten, ob wir dafür beschimpft werden oder nicht. (Von wem denn?) — Nach Erwähnung von Wälden, in denen er dem Zentrum treue Wahlhilfe geleistet hat, erwähnte Redner die schlesischen Bundesgenossen, die alte Treue und Waffenbrüderschaft mit ihren früheren Freunden gegen die Feinde von links, die Sozialdemokratie, auch weiter aufrecht zu erhalten. (Lebhaftes Bravo!)

Die widerwilligen Zentrumsmitglieder erhalten einen kleinen Nippenstoß mit dem Hinweis darauf, daß sie sich auf ihre Arbeiter doch nicht verlassen können und darum rein agrarisch werden müßten:

Anderswärts kann das Zentrum auf die Dauer nicht mit der Sozialdemokratie konkurrieren. Wir haben es in Köln, dieser ganz katholischen Stadt, gesehen, wo der Sozialdemokrat in die Stichwahl gekommen ist. Auch in Duisburg und Mülheim, früher Hochburgen des Zentrums, war das der Fall. Wer den Arbeitermassen am meisten zu versprechen versteht — und das bleibt schließlich immer die Sozialdemokratie — wird sie auf seiner Seite haben.

Und dann fährt der Junkeranwalt, dessen ganze Sippe sich von der Arbeit der Knechte und Tagelöhner nährt, mit herzerfrischender Frechheit fort:

Es muß den Arbeitern auf der anderen Seite auch klar gemacht werden, daß sie nicht stets zu empfangen haben ohne Gegenleistung. (Sehr richtig!) Sie müssen lernen, das Kapital ihnen erst Arbeitsgelegenheit schafft, daß sie selbst brotlos werden, wenn wir ihnen nicht Arbeitsmöglichkeit bereiten. (Lebhaftes Bravo!) Der Arbeiter muß erproben werden zur richtigen Einsicht in die Staatsnotwendigkeit, er muß lernen, daß er sich als ein Glied in den sozialen Körper einzufügen hat, daß sein Wohl und Wehe von dem Wohle des ganzen Staates abhängig ist, daß er sich auch als dienendes Glied dem Ganzen unterzuordnen hat. (Lebhafte Beifälle.) Das wird auch das Zentrum beachten müssen. Das Schwergewicht unseres Volkes beruht

in den mittleren Schichten desselben, im Bürger- und Bauernstande. Wer waren denn in den schweren Zeiten der Kulturkampflage die treuesten Stützen der katholischen Kirche? Es waren nicht die Millionäre, nicht die Fabrikarbeiter, es waren die hohensächsischen katholischen Bauern (lebhafter Beifall), es war der erbgelassene katholische Adel (lebhaftes Bravo!), es waren die katholischen Bürger.

Die Herren sind so besorgt darum, daß den Arbeitern auch Arbeitsgelegenheit bleibt, obwohl wir sie schon hundertmal aufgefordert haben, mit Sack und Pack nach Amerika auszuwandern. Die Arbeiter werden sich mit den Feldern und Fabriken, die sie nicht auf dem Buckel mitnehmen können, ganz gut allein helfen und froh sein, keine Drohnen mehr durchfüttern zu müssen. Wenn man den Arbeiter an „seine Pflichten“ erinnert, braucht man ihm keine Rechte geben, deshalb meint Dr. Gahn:

Das Vereinsgesetz darf nicht demokratisch gestaltet werden, damit unreife Personen nicht in den Vereinen dominieren können. Die Sozialdemokratie möchte das allerdings sehr gern, der Freisinn blüht in daselbe Horn und zwar lediglich aus bloßer Populärhaftigkeit. Selbst die einschüchteren Freisinnigen erheben diese Forderungen, um der breiten Masse zu schmeicheln, vor der sie sich fürchten. Aber sie werden die schiefste Ebene der sozialen Forderungen herunterschieben und unten bei der Sozialdemokratie ankommen, wie Naumann. Wir werden verlangen müssen, daß auch innerhalb des Blocks ein edler Wettstreit in der Erklärung der nationalen Forderungen herrsche, daß der Freisinn auch einmal Dyster bringe, daß er Vaterlandsliebe nicht bloß auf den Lippen, sondern auch in der Tat zeige. (Lebhafte Bravo.)

Es ist durchaus zu begrüßen, wenn die Arbeiter einmal erfahren, mit welcher Unverschämtheit die Agrarier ihre Ziele verfolgen und wie sie ihr materielles Interesse als „nationale Gesinnung“ und Vaterlandsliebe verbrämen. Es ist die Vaterlandsliebe, die viel einlegt. Vielleicht werden solche Berichte auch einige unverbesserliche Schlafmühen in den Reihen der Arbeiterschaft auf und zeigen ihnen, daß sie rücksichtslos niedergedrückt werden, wenn sie sich nicht in ihren eigenen Organisationen zur Wehr setzen.

Die Breslauer Liberalen haben ob dieser Nippigkeit ihrer lieben Blochbrüder von der anderen Fakultät vollständig die Sprache verloren und selbst die sonst so großsprecherische „Bresl. Zig.“ wagt nicht zu muskeln. Denn der Freisinn hat im Block die Aufgabe, Grobheiten einzuflecken, Regierungsforderungen zu bewilligen und das Maul zu halten.

*** Wieder ein Boykottprozeß.** Der Boykott an sich ist ein erlaubtes Kampfmittel und die Verteilung von Flugblättern, die zum Boykott auffordern, ist demnach — nicht strafbar. Wenn aber Arbeiter von dem erlaubten Kampfmittel Gebrauch machen und Boykottzettel verteilen, gedeielt das Interesse arbeiterfeindlicher Kreise, daß Schutzleute und Gendarmen, Staatsanwälte und Richter sich abmühen, um auf irgend eine Weise „die offensibare Lücke im Strafgesetzbuch“ auszufüllen und die an sich erlaubte Handlung auf Umwegen zur Bestrafung bringen. So kommen denn in Breslau unausgesetzt Boykottprozesse zur Verhandlung. Schon erscheint es langweilig, immer wieder über solche Prozesse zu berichten, nachdem wir mehr als hundert Mal hierzu die Gelegenheit hatten. Man sollte auch meinen, daß die Rechtslage endlich soweit geklärt sei, daß einerseits die Arbeiter genau wüssten, was sie straflos tun können, und andererseits auch Gendarmen und Staatsanwälte wissen müßten, was konstantes Recht ist, so daß überflüssige Anklagen vermieden würden. Aber dem ist nicht so, vielmehr sind die Bemühungen immer noch nicht zur Ruhe gekommen, das, was bisher gutes Recht war, zu einem Vergehen zu stampeln.

So hatte sich gestern wieder der Bauarbeiter Wilhelm Wed vor dem Schöffengericht zu verantworten. Am 26. und 27. Oktober hatte er in Rothscham Zettel verteilt, durch die vom Besuch des Lokals von Kentsch in Klein-Tschansch abgeraten wurde. Er hatte dies gegen Bezahlung getan. Die Anklage behauptet, daß die Verteilung gewerbsmäßig geschehen sei, ohne daß sich der Verteilende im Besitz einer politischen Legitimation befunden habe. Nun haben die Breslauer Gerichte bereits wiederholt entschieden, daß der Begriff „gewerbsmäßig“ voraussetzt, daß eine Handlung auf einen Erwerb von einer gewissen Dauer hingelenkt muß. Das war hier nicht der Fall. Der Amtsanwalt war nun auf einen ganz neuen Gedanken gekommen. Er beantragte Bestrafung, indem er Gewerbsmäßigkeit insofern als vorliegend erachtete, als er dem Angeklagten die Absicht unterstellte, seine Tätigkeit in Zukunft fortzusetzen. (!)

Das Gericht ist den Ansichten des Amtsanwalts allerdings nicht gefolgt und hat den Angeklagten gemäß dem Antrage des Rechtsanwalts Bandmann freigesprochen. Immerhin aber zeigt der Fall, daß die Rechtsunsicherheit der Arbeiter auf diesem Gebiete noch fort-dauert, denn nach einem solchen Antrage des Amtsanwalts kann niemand wissen, was für Gründe noch ausgekügelt zu werden vermögen, um die „gefühlte Lücke“ des Strafgesetzbuches künstlich auszufüllen zu können.

Man beachte auch die Entscheidung des Kammergerichts an anderer Stelle.

*** Ganz wie bei uns.** Die Hamburger Bürgerchaft hatte sich kürzlich auch mit der Frage der Entschädigung bei Krawallen „Republik“ geistlich geregelt werden soll. Uns interessiert besonders folgender Passus aus dem Verhandlungsbericht: Ein Mitglied des Ausschusses hatte auch beantragt, daß der Staat für Schädigungen haftbar gemacht werde, die durch seine Beamten herbeigeführt werden, weil erfahrungsgemäß und auch in dem in Rede stehenden Falle bei Tumulten die schwersten Schädigungen gerade durch Polizeior-gane herbeigeführt werden. — Ganz wie bei uns!

*** Rechtlosigkeit der Staatserhaltenden.** 27 1/2 Millionen Mark haben, so berichtet der preussische Handelsminister soeben dem Landtag, die staatlichen Berg- und Hüttenwerke, besonders auch die schlesischen, zu den Einnahmen des Jahres 1906 beigetragen. Diese Millionen sind vom Fleiß der Arbeit zusammengespart und helfen den Staat erhalten. Nach der Theorie der Verteidiger des Klassenwahrheits soll der ein stärkeres Stimmrecht haben, der in höherem Maße als der andere zu den Einnahmen des Staates beiträgt. Das „Recht“ der sog. preussischen Berg- und Hüttenarbeiter besteht aber einzig und allein darin, bei den öffentlichen Landtagswahlen in der dritten Abteilung die von der Regierung bezeichneten Wahlmannskandidaten wählen zu müssen, um nicht ihr Brot zu verlieren. So behandelt

der Dreiklassenstaat die wahrhaft „staatserhaltenden Elemente“.

*** An die Frauen!** Unterzeichnete richtet an alle Genossinnen die dringende Aufforderung, sich recht zahlreich an den Protestversammlungen gegen das „Dreiklassenwahlrecht“ zu beteiligen. Wenn es gilt, die Stimme des Volkes für ein allgemeines, gleiches Frauenwahlrecht zu erheben, dürfen auch wir Frauen nicht zurückbleiben, deshalb fehle keine Proletarierfrau in den Donnerstag-Versammlungen.

In letzter Zeit sind wiederholt Klagen laut geworden über An-regularität in der Zustellung der „Gleichheit“ und Abholung freiwilliger Beiträge. Die Betroffenen werden ersucht, derartige Fälle sofort der Vertrauensperson zur Kenntnis zu bringen.

Die nächste öffentliche Frauenversammlung findet am Donnerstag, den 16. Januar im Restaurant Fuchs (Prinzengart), Popelwitzstraße statt. Genossin Hulda Maurenbrecher wird über Erziehungsfragen sprechen.

Elfriede Schramm, Am Waldchen 18, Vertrauensperson

der sozialdemokratischen Frauen und Mädchen Breslau.
*** Der Jahlabend im Januar fällt aus.** Den Mitgliedern des Sozialdemokratischen Vereins Breslau wird mitgeteilt, daß in diesem Monat wegen der sonstigen zahlreichen Veranstaltungen der regelmäßige Jahlabend am zweiten Montag des Monats (18. Januar) nicht stattfindet. Wir bitten, dies genau zu beachten.

*** Die Krankenversicherung im Jahre 1906.** Nach den vorläufigen Ergebnissen der Krankenversicherung im Jahre 1906, die in den Vierteljahrsberichten zur „Statistik des Deutschen Reiches“ (siehe veröffentlicht werden, waren im Berichtsjahre 23.215 Krankentassen vorhanden, 88 mehr als im Vorjahre. Die Anzahl der Mitglieder im Durchschnitt des Jahres beträgt 11.889.897, der Zuwachs an Mitgliedern gegen das Vorjahr rund 505.000. Das Wachstum betrifft hauptsächlich wieder die Ortskrankentassen mit 312.000; auch die Betriebskrankentassen nehmen mit 155.000 an dem Wachstum teil, ferner die eingeschriebenen Hilfskassen mit 26.000 und die Gemeindekrankentassen mit 18.000 Mitgliedern.

Die Zahl der Erkrankungsfälle mit Erwerbsfähigkeit stellt sich auf 4.423.793 mit 87.445.057 Krankheitslagen; auf ein Mitglied kommen durchschnittlich 0,98 Erkrankungsfälle und 7,48 Krankheitslagen, für die Krankengeld oder Krankenarbeitslosengeld gezahlt wurde.

Die ordentlichen Einnahmen (Zinsen, Eintrittsgelder, Beiträge, Zuschüsse, Erbschaften, sonstige Einnahmen, abzüglich derer für Invalidentversicherung) betragen 298.310.905 Mark, darunter Beiträge (einschließlich Zuschüsse) und Eintrittsgelder 276.669.893 Mark. Die ordentlichen Ausgaben (Krankheitskosten, Erbschaften, zurückgezahlte Beiträge und Eintrittsgelder, Verwaltungsausgaben, abzüglich derer für die Invalidentversicherung, sonstige Ausgaben) beliefen sich auf 263.593.888 Mark, darunter Krankheitskosten 241.128.937 Mark. In den letztgenannten Summen sind die Krankengelder mit rund 104 Millionen beteiligt; für ärztliche Behandlung wurden 87,3 für Arznei 95,3 und für Anfalltsversicherung 92,7 Millionen Mark ausgegeben. Die Verwaltungsausgaben abzüglich derer für die Invalidentversicherung betragen 15.928.858 Mark, auf ein Mitglied durchschnittlich bei den Ortskrankentassen 2,01, bei den Annunskrankentassen 2,40, und bei den eingeschriebenen Hilfskrankentassen 2,35 Mark; bei den Betriebs- und Bauernkrankentassen werden sie fast ganz von den Betriebsunternehmern, in der Gemeindekrankentassen ganz von der Gemeinde getragen; bei allen Klassen überhaupt stellen sich die Verwaltungsstellen auf ein Mitglied dabei nur auf 1,31 Mark durchschnittlich.

Das Gesamtvermögen betrug 230,4 Millionen Mk. (im Vorjahre 203), wovon auf die Ortskrankentassen 105,9, die Betriebskrankentassen 97,1 und die eingeschriebenen Hilfskassen 18,6 Millionen Mk. entfielen.

*** Reklame für die deutschen Kolonien in den Breslauer Volksschulen.** Uns wird geschrieben: Obwohl unsere Breslauer Schulen sich im allgemeinen auf ihre geschichtlichen Aufgaben beschränken, sind wir heute dennoch gezwungen, auf Dinge hinzuweisen, die nicht in den Rahmen des Unterrichts gehören. Die Lehrer machen nämlich in ganz ungehöriger Weise Reklame für unsere Kolonien, indem sie den Kindern der höheren Klassen den Anlauf eines die „Erzeugung unserer Kolonien“ behandelnden Buches empfehlen. Dieses Buch behandelt in einseitiger Weise den möglichen Nutzen der Kolonien. In den evangelischen Schulen auf der Sadowa- und Augustastrasse wurde Montag und Dienstag Vormittag den Kindern das Buch, das sonst viel teurer sein soll zum Preise von 35 Pf. pro Stück, mit dem Hinweis auf die „guten Dienste“, die es im Geographie-Unterricht leisten, von den Lehrern empfohlen. Den Freischülern will man eventuell eine Anzahl gratis zur Verfügung stellen. Was in aller Welt haben die Kolonial-Erzeugnisse mit dem Geographie-Unterricht zu tun? Will man etwa durch systematische Anbreitung unserer Kolonien oder der von der deutschen Kolonial-Gesellschaft herausgegebenen Schriften schon bei den Kindern für die später noch notwendig werdenden Milliarden Stimmung machen? Wenn man schon die Schulbücher mit den Verhältnissen unserer Kolonien vertraut machen will, dann soll man ihnen auch erzählen, wie viel Millionen und Abermillionen bisher weggeworfen wurden und welche Schmelze sich in unseren Kolonien schon zugetragen haben. Ob dann noch der von den Herausgebern des Buches beabsichtigte Erfolg eintreten wird, ist sehr fraglich. Recht schnell wird auch im Kindesalter darüber Klarheit herrschen, daß die Ausgaben im letzten Verhältnis zu den Erzeugnissen stehen.

Wir sind der Meinung, daß eine solche einseitige Propaganda für die Kolonien nicht in die Schule gehört. Die Schule hat andere Aufgaben zu erfüllen. Im Übrigen scheint die Schulverwaltung diese Reklame zu billigen, denn an der Empfehlung des Buches beteiligten sich nicht nur Lehrer, sondern auch Redner, ob auch katholische Zentrumsleute dabei sind, können wir zur Stunde nicht ermitteln.

Hoffentlich kommen diese Stellen, die als Warnung für etwaige Kaufleute dienen sollen, nicht zu spät. In Zeiten der Niederdepression der wirtschaftlichen Konjunktur sind die 35 Pf. anderswo besser angebracht.

*** Die Breslauer Kunstgewerbeschule** hat im Berliner Kunstgewerbe-Museum eine prächtige Ausstellung veranstaltet. Im „Herold“ schreibt Robert Kreuzer hierüber: Unsere höchsten Erwartungen werden übertraffen, und wieder einmal wird es offenbar, daß der Deutsche der Gegenwart weit höher optisch und künstlerisch veranlagt ist, als man dies nach der Produktion der letzten zwanzig Jahre anzunehmen gewagt. Es wäre doch natürlich, zu glauben, daß der Breslauer Schule höhere Geistes zur Verfügung ständen. Nein. Was hier her-vorgebracht wurde, ist die Leistung der durchschnittlichen Begabung des Deutschen. Das ist das Wichtige. Es wäre gewiß nichts leichter, als nachzuweisen, daß unter den ausgestellten Werken viele unvollendete sind, und daß bei so manchen die Hand des Lehrers deutlich ist. Es liegt auch nichts ferner, als von vollendeten Kunstwerken zu sprechen. Es handelt sich alles darum, festzustellen: der Deutsche hat genug optische Begabung, um gut aussehende und angenehme sich abende Gebrauchsgegen-

Hände herzustellen. Der Deutsche hat Handgeschick genug, um mannigfache Techniken neu zu erlernen und zu beherrschen. Das ist nämlich der Zweck der Kunstgewerbeschulen und besonders der Lehrwerkstätten; und weil diese Aufgabe, die allein das Existenzrecht derartiger Anstalten bedingt, so bewußt und mit so viel Eifer erfüllt wurde, darum loben wir die Breslauer Lehrer und ihren nichternen, klar bildenden Direktor, den Professor Wölfl. So brechen wir von vornherein allen Angelfen, die sich gegen ausgeschaltete Einzelklinge richten, die Spitze ab. Es ist total abgemacht, ob dem Herrn Schulz oder dem Herrn Müller dieses oder jenes nicht gefällt; aber es ist von höchster, von fundamentalster Wichtigkeit, daß der junge heutzutage Nachwuchs wieder technisch zu denken, zu fühlen, zu arbeiten lernt. Daß er Metall zu treiben und zu schleifen, zu formen, zu schneiden und zu tauschieren, daß er zu weben, Spitzen zu nähen, im Holz zu schnitzen, zu schnitten, daß er Leder zu schneiden, zu punzen, daß er eben mit der Hand zu werken lernt. Daß er Handwerker wird! Die Kunst kommt erst an zweiter, ja an dritter Stelle, kommt viellecht überhaupt nicht. (Darin sind einige der Meisterei, die sichtbar darnach rufen, als Kunstwerke genennungen zu werden, die auf ihre Individualität zu pochen scheinen, nicht als unbedingt musterhaft, viellecht sogar als im gewissen Sinne gefährlich zu beurteilen.) Kunst kann man nicht anerkennen: höchstens kann man künstlerische Gaben heben und eine gewisse Geschmackskultur entwickeln. — Wir wollen uns für heute mit diesen Feststellungen begnügen: die Breslauer Kunstgewerbeschule erfüllt in vollkommener Weise die Aufgaben, die ihr zuzuführen. Sie wird darum auch in absehbarer Zeit als ein befruchtender Zeugen den Gewerkschaften, der Praxis, durch die von ihr entlassenen Schüler das geben, was die Fabrikanten, was die Produzenten von ihr zu erwarten das Recht hat. Möchten doch die Kreise, die heute immer noch gegen die Kunstgewerbeschulen kämpfen, begreifen, daß es ja nicht darauf ankommt, ob nun alles, was in den Lehrwerkstätten der Schulen gemacht wird, wirklich unbedeutend für den Verkauf und das Publikum zu gebrauchen ist. Aber das ist gewiss: technisch geschulte und geschmacklich empfängliche Menschen werden aus den Anstalten hervorgehen. Das wird die Praxis schon zu nützen bekommen.

Die Repertoireerhaltung der vereinigten Theater hat bereits mit Beginn dieser Saison gewisse Wandlungen erfahren, die aber von der Direktion zunächst als „Veruche“ vorgeschlagen waren. Nunmehr aber beabsichtigt Herr Direktor Loewe, wie uns aus dem Theaterbureau geschrieben wird, diese Umgestaltung praktisch ins Werk zu setzen. Mit der Einführung der „Rabenweiberin“ und des „Meisterdieb“ im Stadttheater ist bereits der Anfang gemacht worden, die hiesigen anspruchsvolleren literarischen Repertoires auf diese Bühne zu verpflanzen. Die Stadttheaterbühne soll in weitem Umfang als bisher dem Schauspiel dienlich gemacht werden. Natürlich bleibt trotzdem das Stadttheater vorwiegend Opernbühne. Das Lobetheater, das sich in der letzten Zeit schon mehr und mehr zur „Opernbühne“ entwickelte, wird sich dann, da es durch das Stadttheater von seinen literarischen Pflichten abgelöst wird, ausschließlich der Operette widmen. Aber auch das Lobetheater erwartet eine neue Mission. Es soll nicht mehr als „Aufführungstätte“ für die im Lobetheater abgedruckten Novellen dienen, sondern es soll fortan eigene Wege gehen. Die Lobetheaterbühne will dem „alten bürgerlichen Unterhaltungsstück“ eine Stätte bieten. So wird es in Zukunft gelegentlich Novitäten aus diesem Bereich der Bühnenproduktion bringen. Die Direktion hat hiermit in diesem Winter bereits den Probeauftritt abgezeichnet, indem sie Walter Rameis „Jubiläumstrunken“ in der Schwanenstraße erstmalig zur Aufführung brachte, ein Versuch, der sich gut bewährt haben soll. Das Lobetheater möchte sich auf diesem Wege zu einem „Schillertheater“ entwickeln und diesen Namen dadurch rechtfertigen, daß es die Aufführungen mit „ersten Schauspielkräften“ besetzt und, wie Herr Dr. Loewe berichtet, auch darauf bedacht sein wird, den Aufführungen einen besseren hiesigen Rahmen zu geben, als bisher.

Die diesjährige Zusammenkunft der „Maschinen-Café“ findet etwas früher wie sonst und zwar vom 21. bis 23. Mai statt.

Freie Turnerschaft Bresla. Die für Sonntag, den 12. Januar 1908 angelegte Generalversammlung findet umständlicher nicht statt. Dieselbe wird Montag, den 13. Januar 1908, Abends 8 Uhr im Zimmer 2 stattfinden.

Todesfall. Montag Nachmittag starb hier die Leiterin und Vorsteherin der Knittelischen Bildungsanstalten im Alter von 59 Jahren an Herzschwäche.

Feuer im Allerheiligen-Hospital. Dienstag Mittag gegen 1 Uhr wurde die Feuerwehrrichtung nach dem Häuserkomplex An der Barabarische 2/3 gerufen, in dem sich das Allerheiligen-Hospital befindet. Durch fehlerhafte bauliche Anlage war dort in einem im Hochparterre nach dem Garten zu gelegenen Krankenzimmer der Station 4 ein Teil des Fußbodens in Brand geraten. Der Brand wurde noch vor Anbruch der Feuerwehrrichtung gelöscht.

Unglücksfälle. In das Krankenhaus der Barabarischen Brüder wurden schwer verletzt eingeliefert: Ein Knabe aus Schönan, der mit der Hand in die Stiebmaschine gekommen war und schwere Wunden erlitten hatte; ein Schüler aus Pilsen, der gefallen war und den linken Arm gebrochen hatte; ein Arbeiter aus Kietzdorf, der ausglitt, hinfiel und das rechte Bein brach; ein Knabe aus Gr.-Obern, der vom Wagen gefallen und sich verletzt hatte; ein Schüler aus Weichsel, der überfahren ward, wobei ihm beide Ohren abgerissen wurden; ein Arbeiter aus Mochnitz, der ausglitt und das rechte Bein brach; ein Knabe aus Otmitz, der bei einem Fall das rechte Bein brach; ein Schüler aus Vansau, der beim Rutschen hinfiel und ein Bein brach; ein Stellenbesitzer aus Gallan, der beim Laden eines Leichens sich in den Arm schlug.

Ertrunken. Der 8 Jahre alte Knabe Richard Beutel, Andersenstraße 37, brach am 6. d. M. in der Nähe der Größelbrücke beim Betreten des Eises ein und ertrank. Die Leiche konnte nicht geborgen werden. — Dieser traurige Vorfall mahnt alle Eltern und Erzieher, ihre Pflegekinder auf die Gefahren des nicht erlaubten Petzens von Eisklößen besonders hinzuweisen.

Zusammenstoß. Am 5. d. M. wurde auf der Viktoriastraße eine Drochke durch einen Motorwagen erfasst und geschleift. Die Drochke wurde schwer beschädigt.

Verunglückt. Seit dem 2. d. M. der 34 Jahre alte Arbeiter August Zandier, Gabelstraße 42. — Seit dem 31. d. M. wird der 24 Jahre alte Bahnangehörige Erich Knecht, Bohrauerstraße 39, vermisst.

Diebstahl. Einem Fleischereiwirt von der Höfchenstraße wurden aus dem gewaltsam geöffneten Keller eine Speckseite und 15 Pfund Rindfleisch gestohlen. — Aus der Wohnung eines Lehrers auf der Gärtenstraße wurde eine Geldkassette mit 720 M. in Papiergeld und Mandatieren sowie Dividendenheften gestohlen. — Einem 5 Jahre alten Knaben wurde auf der Ratswäasserstraße das zum Einsteigen bestimmte Geld im Betrag von 1.80 M. durch einen etwa zehn Jahre alten Knaben entwendet. — Einem Dienstmädchen von der Messergasse wurde eine goldene Uhr durch einen Dieb gestohlen.

Aus Schlesien und Posen.

Auslet und flüchtig sollst du sein!

Den polnischen Landwirten kann auf Grund des vor zwei Jahren beschlossenen Anpflanzungsgesetzes die Anlage von Anpflanzungen auf ihrem eigenen Grund und Boden verboten werden, und von diesem barbarischen „Recht“ mag die preussische Regierung freizig Gebrauch. Folge davon war, daß die Polen begannen zur Einrichtung von Anpflanzungen überzugehen, deren Anpflanzung nicht verboten werden konnte. Jetzt aber hat die preussische Regierung eine neue nationale Er-

undung gemacht. Sie untersagt auf Grund des Verwaltungsrechts den Polen, in ihren jahrelangen Beschreibungen Feuerungsanlagen zu errichten. In Lindeburg wurde der Landwirt Sozialist aufgeführt, die in seinem Wagen befindliche Nachborrhaltung zu entfernen, da er wieder dies tat, nach die über ihn verhängte Strafe bezahlte, wurde sein Wagen beschlagnahmt und dessen Versteigerung binnen acht Tagen anberaumt. In dieser gerichtlichen und staatsrechtlichem Tat, die zu einer Zeit, da das Thermometer — 20 Grad Reaumur verzeichnet, beherrschend wohntend herrscht, bemerkt ein polnisches Bauernblatt gar nicht so unrichtig: „Die hiesigen Jagdverbände ist es erlaubt, in abgetzten Wohnwagen zu hausen, nicht aber den Polen auf ihrer eigenen Scholle und in ihrem Vaterlande.“ Eine freisinnige Vertreterin deutscher Humanität und Hochkultur, die „Vollst.“ schreibt aber: „Die polnischen Wäcker spielen ob dieser Verfügung Gift und Galle. Sie haben keine Empfindung dafür, daß sich der preussische Staat die Verhöhnung seiner Gesetze nicht gefallen läßt.“ Ein Staat, der es als „Verhöhnung seiner Gesetze“ empfindet, wenn geübte Menschen im Winter einer warmen Herd haben wollen, hat vor der Weltgeschichte selbst sein Urteil gesprochen.

Oberschlesische Muckerei!

In schwarzen Beuthen, das bekanntlich vom Zentrum beherrscht wird, hat die Muckerei wieder einmal einen „Meisterstück“ verübt. Am letzten Sonntag Vormittag jagte dort ein Polizeibeamter die Schiffschuhmacher von der Eisbahn, da während des Hauptloosendienstes weder Männlein noch Weiblein das unchristlich-sündige Vergnügen des Dahingelagens über den Eispiegel genießen dürfen. Alles Protestieren half nichts und vom nächsten Sonntag ab werden nun die Beuthener Kirchen gewiss noch voller sein wie sonst, denn die bisherigen Schiffschuhmacher werden sicher statt zur Eisbahn jetzt in den Gottesdienst eilen.

Die „freigesinnten“ liberalen Kreise Oberschlesiens lamentieren natürlich über solche unchristliche Uebertreibungen. Sie selbst aber ermuntern zu solchem Treiben. So stellen freisinnige Mäcker, wie z. B. das „Oberschl. Tagebl.“, an jedem der zahlreichen katholisch-liturgischen Feiertage das Erkranken ein, obwohl das weder eine gesetzliche Verpflichtung noch sonst eine Veranlassung vorliegt, lediglich aus Kabudetei vor dem Einfluß des Pfaffen.

Schweidnitz, 8. Januar. Ein fürchterlicher Sturm wüthete — wie der „Breslauer Zeitung“ geschrieben wird — Montag Abend und Nacht in Schweidnitz und Umgegend und verursachte an Häusern und Bäumen schweren Schaden. Unzählige Ästern von Dachziegeln, Fenstern und Laternenstößen, die der Sturm zertrümmerte, lagen Morgens auf den Straßen. Auch die Telefon- und Telegraphenleitungen hat der Sturm schwer beschädigt, was stellenweise eine etwa 20stündige Betriebsstörung zur Folge hatte. Am Ärgsten hat der Sturm im Gebirge gehaust, wo zahllose Bäume umgebrochen oder enturzelt wurden. In Ober-Langenbielau wurde der zum Bahnhof fahrende Postwagen auf offener Landstraße umgeworfen, und Postillon und Schaffner erlitten dabei Verletzungen. Die Postkutschen konnten sich auf der Straße nur mit größter Anstrengung vorwärtsbewegen. Schlimm erging es der Schweidnitzer Theatergesellschaft, die in Langenbielau gastierte und Abends wieder die Rückreise antreten wollte. Fast sämtliche Mitglieder mußten in Langenbielau zurückbleiben, denn sie konnten den Weg zum Bahnhof nicht ohne Gefahr für Leib und Leben zurücklegen, weil sie der Sturm bei ihrem Versuch vorwärts zu kommen, mit aller Wucht gegen die Straßensäume schleuderte. Einen Führer zum Bahnhof zu bekommen, war unmöglich.

Schweidnitz, 8. Januar. Ertrunken aufgefunden wurde in Dittmannsdorf bei dem letzten Schneesturm von vorübergehenden Leuten der Weber und Holzgänger Mehlstein.

Schweidnitz, 7. Januar. Ein schwerer Sport-Schlitten-Unfall ereignete sich auf einer Sport-Schlittenbahn in Hyanau. Studiosus Frommer, der Sohn des Gutsbesizers Frommer, wurde bei der Abfahrt mit solcher Gewalt gegen einen am Wege stehenden Baum geschleudert, daß er außer mehreren Hautabschürfungen an Gesicht, Händen und Beinen, auch noch schwere innere Verletzungen davontrug, die ihn nötigen, sich alsbald in ärztliche Behandlung zu begeben.

Warmbrunn, 8. Januar. Selbstmord. Gestern Nachmittag erlöschte sich in einem hiesigen Logishaus der Major a. D. und Postdirektor Meinert aus Delitzsch. Ein unheilbares körperliches Leiden hatte bei ihm Schwermut hervorgerufen und ihn schließlich zur Waffe greifen lassen. Bereits im vorigen Sommer war Herr M. hier zur Erholung und er hatte für sich in demselben Hause ein Zimmer bestellt. Gestern morgen war er noch in Gesellschaft gewesen und aufstehend in besserer Laune zurückgekehrt. Bald darauf erlöschte aber im Hause ein Schuss und man fand Herrn Meinert als Leiche vor.

Sagan, 7. Januar. Erstickt. In Nobelndorf sind die in den 50er Jahren stehenden Gebrüder Marquardt, zwei Pensionäre der verwitweten Frau Kantor Ender an Kohlengas erstickt. Als Frau Ender früh das Zimmer der Männer betrat, fand sie einen derselben angeleitet an der Erde tot, während sich der andere Bruder noch im Bette befand und schwache Lebenszeichen zeigte. In den Vormittagsstunden trat jedoch auch bei ihm der Tod ein. Das Zimmer war voll Dampf und der neue Ofen war fast schwarz.

Glogau, 8. Januar. Der Typhus im Rausch-wiger Gebiet ist immer noch nicht erloschen, vielmehr sind in letzter Zeit wieder einige Neuerkrankungen vorgekommen, wovon in zwei Fällen, in welchen es sich um erwachsene Personen handelt, die Ueberführung nach dem Glogauer Krankenhaus angeordnet wurde. Es befinden sich nun noch fünf Personen in der Behandlung im hiesigen Krankenhaus, von denen jedoch einige auf dem Wege der Besserung sind.

Bunzlau, 8. Januar. Ein tödlicher Stöß. In Altschloß stieß eine Kuh beim Zurückgehen von Viehfuhrer zu einem ihrer spigen Hörner eine Frau ins linke Auge. Der Stöß war so heftig, daß nicht nur das Auge, sondern auch die bräunliche Schädelskappe von dem Horne durchbohrt wurde. Wenige Stunden nach dem Unglücksfalle starb die unglückliche Frau, Mutter von vier kleinen Kindern.

Bunzlau, 4. Januar. Von der Talperrre. Die Turbinen und Dynamomaschinen, welche die Wassertrakt der Talperrre in elektrische Kraft umsetzen, sind bereits in voller Tätigkeit. Es fragt sich nun, in welcher Weise die Elektrizität weitergeleitet wird und welche Vorkehrungen getroffen sind, damit unterwegs nicht zu viel Energie verloren geht. Von den 15,000,000 Kubikmetern, welche das mächtige Staudenbecken faßt, werden zum Betriebe des Kraftwerkes nur 5,000,000 Kubikmeter verwendet. Die durchschnittliche Kraftleistung von 1400 Pferdekraften steigt in niederhochlagigen Monaten bis über 2000 und kann in langen Ertrudemonaten bis auf 400 Pferdekraften heruntersinken. Von den Turbinen der Zentrale aus wird der elektrische Strom durch die sogenannte Hochspannungs-Verteilungsleitung an die angegliederten Städte und Dörfer übergeben. Der Strom kommt in sogenannter Schalthäuser, von denen die Leitungsdrähte als Abzweigungen in die zunächst gelegenen Orte führen. Solche Schalthäuser sind bei Holz-Litz, Greiffenberg und Hirschberg angeordnet. In die Hochspannungs-Verteilungsleitung, in der eine Spannung von 9000 Volt gehalten wird, sind die Transformatorer angegeschlossen, in denen die hohe Spannung auf 120,208 Volt für Licht und Kleinmotoren und auf 2000 Volt für Großmotoren überleitet werden kann. Auch auf eine Reiserückkehr-Quelle ist bereits Bedacht genommen worden, indem man mit der Rückführung der Elektrizität und Kleinbahn-Kraftwerke

schafft in Waidenburg zwecks Abgabe von elektrischer Kraft die durch eine Hochspannungsleitung über Land abgehende Schmieberea gestiftet werden soll, in Verbindung getrennt genommen werden. Sobald nun noch die Talperrre bei Waidenburg fertig gestellt sein wird, was 1910 oder 1911 zu erwarten ist, sollen beide Werke zu einem vereinigt werden.

Görlitz, 8. Januar. Der Tod im Dienste der Arbeit. In der städtischen Braunkohlengrube „Stadt Görlitz“ starb zwei Meter nach Ausbesserung einer Felsmauer bei der Auffahrt abgestürzt. Beide sind getötet worden.

Für die städtischen Arbeiter ist die Einführung der Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung beschlossen worden. Die Altersversorgung wird nach einer Beschäftigungsdauer von fünfzig Jahren gewährt und beträgt dann 25 Prozent des letzten Jahresverdienstes. Mit jedem weiteren Jahre der Beschäftigungsdauer steigt der Antheil um 1 Prozent bis zum Höchstbetrage von 50 Prozent.

Ein Dreieberger. Der Besitzer der Tafelglas-Hüttenwerke Friedrich Deemann in Rauscha ist plötzlich verstorben. Vermutlich wegen Zahlungsschwierigkeiten, die den Konkurs als unumvermeidlich erscheinen ließen.

Märzdorf, 8. Januar. Verichtigung. Uns wird geschrieben: In Nr. 5 unserer Zeitung finde ich folgendes: Der Stellenbesitzer Grünig aus Sadeu an wurde in der Silbernacht auf dem Wege von Märzdorf nach Sackeran von vier Männern überfallen und eines Geldbetrages von 160 M. beraubt. Bisher konnten die Täter nicht ermittelt werden.

Ich teile der Redaktion mit, daß Vorstehendes nicht auf Wahrheit beruht. Grünig fand das Geld am andern Tage in der Westentasche. Er hat dies falsche Gerücht entweder in seiner Trunkenheit verbreitet, was am genannten Abend der Fall gewesen sein soll, oder aber um die Arbeiter von Märzdorf in schlechten Ruf zu bringen. Letzteres wird die Geschichte für Herrn Grünig noch ein kleines Nachspiel haben.

Neustadt, 8. Januar. Feuer. In der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag brach in dem Arbeitergebäude des Gerbereibestizers Benjamin Sabel in der Fischstraße Feuer aus, welches der Dachstuhl und das Lederlager zerstörte und sonst bedeutenden Schaden anrichtete. Es wird böswillige Brandstiftung vermutet.

Unglücksfall. Infolge der Kälte war vor einigen Tagen auf der unteren Mühlstraße eine Frau ausgeglitten, weil von dem betreffenden Hause nicht gefreut worden war. Sie kam dabei so unglücklich zu Falle, daß sie sich eine Erschütterung des Rückgrats und des Gehirns zuzug und für den Augenblick betäubt liegen blieb. Ob der Fall noch nachteilige Folgen nach sich ziehen wird, dürfte die Zukunft ergeben. Mit dem Befreuen der Bürgersteige wird oft zu verfahren sein, weil es mit der Verantwortlichkeit zu wenig genau genommen wird.

Beuthen OS., 7. Januar. Ausgesetzte Belohnung. Zur Ermittlung von Wörtern veröffentlicht der Erste Staatsanwalt hierherfolgende Bekanntmachung: Am 8. Juli 1906 früh wurde im Baniower Felde in der Nähe des hiesigen katholischen Friedhofes die Leiche des Arbeiters Paul Boloczel aus Beuthen OS. gefunden. Boloczel ist zweifellos in der vorhergehenden Nacht ermordet worden. Da die bisherigen Ermittlungen erfolglos gewesen sind, hat der Herr Regierungspräsident in Doppel auf die Entdeckung der Mörder eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt. Wer über die Verlonen der Mörder Auskunft geben kann, wolle sich schleunigst bei der nächsten Polizeibehörde melden, oder es hierher zu den Akten 8. J. 851/06 anzeigen.

Kattowitz, 7. Januar. Schneesturm. Die „Schlesische Zeitung“ berichtet: In Oberschlesien wüthete ein fürchterlicher Schneesturm. Infolge der Verwehungen hatten die Nachtzüge der Hauptbahn bereits Verspätungen von 15 bis 20 Minuten; gestern Morgen traten Verspätungen bis zu einer halben Stunde ein. Die Straßenbahnwagen blieben im Schnee stecken, so daß der Betrieb von 10 Uhr ab eingestellt werden mußte. Laut Mitteilung der Kleinbahndirektion stockte auch gestern infolge des Schneesturmes in Oberschlesien jeder Kleinbahnverkehr. Nur die Strecke Schöppnitz-Kattowitz ist noch im Betriebe.

Tarnowitz, 8. Januar. Ein neuer Erkrankungsfall an Pocken ist hier vorgekommen. Am Sonnabend wurde die Ehefrau des Arbeiters Kopper als krank im Lazarett aufgenommen; es wurde festgestellt, daß die Frau an Pocken erkrankt sei. Man vermutet, daß sie sich in der Familie Dworaczek, in welcher ein Kind an Pocken gestorben ist, und mit der sie in Verbindung gekommen war, infiziert hat. In Tarnowitz ist dies der fünfte Fall. In den Landkreisen Beuthen und Tarnowitz sind neue Fälle nicht mehr zur Anzeige gelangt. Im Kreise Beuthen beträgt die Zahl der Erkrankungsfälle bis jetzt fünf, von denen zwei tödlich verlaufen sind. Im Kreise Kattowitz erkrankten vier Personen, von denen eine gestorben ist.

Kattowitz, 7. Januar. Eine Neuwahl zum preussischen Landtag wird demnächst im Kreise Fraufladt-Lissa-Kattowitz-Goslyn stattfinden müssen, da der eine Vertreter, der konservativ-stabilität Schmidt, in der vorletzten Nacht gestorben ist. Im Grunde genommen, kann es uns herzlich gleichgültig sein, wer an seiner Stelle aufgestellt und gewählt wird. Wir haben nur ein Interesse, das der schleunigen Abschaffung dieses Musterparlamentes.

Quittung. Für die Hinterbliebenen des verunglückten Genossen Janisch gingen ein:

Bereits quittiert	660.21 M.
Liste 1	2.-
Summa	662.21 M.

Hiermit schließen wir die Sammlung und sagen allen freundlichen Geben besten Dank. Die Expedition.

Ich habe mich in Gräbchen, Dorstr. 37 (Consum), gegenüber dem Gerichtsstreitdam, als praktischer Arzt, Bundarzt u. Geburtshelfer, niedergelassen.

Dr. med. Georg Kasperek.
Telefon Nr. 10514.

Zentral-Verband der Maurer

Zahlschele Breslau.
Donnerstag, den 9. Januar 1908:

Mitglieder-Versammlung im „Gold. Zepher“ — Abends 7 Uhr.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1907.
2. Neuwahl der örtlichen Verwaltung und der Delegierten der Bauarbeiter-Schutzkommission.
3. Bericht des Vorstandes.
Der Eintritt ist nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches gestattet.
Der Vorstand.

Der kleine Tischklopfer.

von Ernst Altmeyer.
Platen in der Nacht weckte Wilhelm auf. Er hörte Sa-
er und Mutter untereinander sprechen.

„Wie spät ist es?“
„Zeit denn die Veranlassung so lange gedauert?“
„Nein, aber wir haben hinterher noch eine Sitzung des
Zirkularkomitees.“

„Aber wie sollst Du denn an die Seele rantonnen?“
„Das weiß ich noch nicht. Am besten wäre es, wenn ich
wird schon vorher auf den Bau losgehen und dort überall die
Vollgötter auslegen und antreiben.“

„Na, dann schlafe nur schnell ein, Schlaf nur etwas ruhiger.“
Wilhelm hörte noch, wie seine Mutter dem Vater einen
Aus gab und der Vater mit milder Stimme sagte: „Schlaf
gut, Marie.“

er durch eine Hebräer. Und in zehn Minuten war er beim
Wau. Er konnte alle Eingänge, auch die Schloßtüren,
die die Jungen tragen, wenn sie auf dem Bau sind.

Die Umpflanzung der Pflanzen ist ein höchst wichtiger
Teil der Arbeit. Man muß die Pflanzen so pflanzen, daß
sie sich selbst pflegen können.

Die Umpflanzung der Pflanzen ist ein höchst wichtiger
Teil der Arbeit. Man muß die Pflanzen so pflanzen, daß
sie sich selbst pflegen können.

Die Umpflanzung der Pflanzen ist ein höchst wichtiger
Teil der Arbeit. Man muß die Pflanzen so pflanzen, daß
sie sich selbst pflegen können.



Unterhaltungsbeilage der Volkszeitung.

Breslau, den 9. Januar 1908.

Das Lied von der Zeit.

Die Hölzer und die schwarze Erde
Leg' stille dem Leben zu Fuss,
Frem' dich der gelben Rote,
Frem' dich der Herbstzeitföte,
Währe dir Klang im Grass.

Jan-ze deine Fanfare
Über die Wälder weit,
Gib deine ledernen Harnet,
Kränzt dir die leuchtende Zeit.

Aus Junks Märchen.

Statt aber 6 an Jungen, zog der Pflanzling seiner Schilde
ab und warf ihn dem Organisten an den Kopf, doch der
fest hat er wieder seine korperlichen Bedürfnisse, sprach
ihm am Hals und band ihm das Buch etwas leichter.

Die Umpflanzung der Pflanzen ist ein höchst wichtiger
Teil der Arbeit. Man muß die Pflanzen so pflanzen, daß
sie sich selbst pflegen können.

